Handlungsansätze für die Förderung und Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen

Für Mensch & Umwelt

Umwelt Bundesamt

Impressum

Herausgeber:
Umweltbundesamt
Fachgebiet I 1.1 Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien, Ressourcenschonung

Postfach 14 06
06813 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
buergerservice@umweltbundesamt.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

/umweltbundesamt.de
/umweltbundesamt
/umweltbundesamt
/umweltbundesamt

Autoren:
Jana Rückert-John, Birgit Peuker
(Institut für Sozialinnovation Consulting UG)
Markus Egermann, Anna Betsch
(Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V.)
Anja Renner, Kathrin Kohl, Jan Christian Polanía Giese
(adelphi)

Redaktion:
Dorothee Arenhövel, Margarethe Kreuser
Fachgebiet I 1.1, Umweltbundesamt

Satz und Layout:
Selbach Design, Lohmar

Broschüren bestellen:
Service-Telefon: +49 340 2103-6688
Service-Fax: +49 340 2104-6688
E-Mail: uba@broschuerenversand.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

Diese Publikation ist kostenfrei zu beziehen beim Umweltbundesamt. Der Weiterverkauf ist untersagt. Bei Zuwiderhandlung wird eine Schutzgebühr von 15 Euro/Stück erhoben.

Publikationen als pdf:
www.umweltbundesamt.de/publikationen

Bildquellen:
Deckblatt: Martin Pelzl, Location Scout
Seite 5: Rawpixel Ltd.
Seite 7: shutterstock.com
Seite 9: Michael Kretzschmar, Fotografie
Seite 11: Ralf Menzel, Konglomerat e.V.
Seite 12: Konglomerat e.V.
Seite 14: Ralf Menzel, Konglomerat e.V.
Seite 16: Ralf Menzel, Konglomerat e.V.
Seite 18: shutterstock.com
Seite 21: Michael Kretzschmar, Fotografie
Seite 23: shutterstock.com
Seite 24: Benjamin Hermsdorf, Fotografie
Seite 27: shutterstock.com
Seite 30: Anne-Katrin Thieme, Fotografie
Seite 32: shutterstock.com

Stand: Dezember 2020
1. Auflage
500 Exemplare

ISSN 2363-8311 [Print]
ISSN 2363-832X [Online]

Handlungsansätze für die Förderung und Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen

Einleitung 5

Handlungsansatz 1:
Kooperationen zwischen Kommunen und gemeinwohlorientierten Initiativen durch Intermediäre und co-produktive Orte fördern 7
Maßnahmen 8

Handlungsansatz 2:
Den gemeinwohlorientierten Initiativen Zugänge zu Flächen und Räumen ermöglichen 13
Maßnahmen 13

Handlungsansatz 3:
Fachberatung von gemeinwohlorientierten Initiativen stärken und ihre Vernetzung fördern 17
Maßnahmen 18

Handlungsansatz 4:
Fördermaßnahmen auf die verschiedenen Entwicklungsphasen gemeinwohlorientierter Initiativen ausrichten 20
Maßnahmen 21

Handlungsansatz 5:
Mit einer geeigneten digitalen Governance die Potentiale von Gemeinwohlorientierten Initiativen aktivieren 23
Maßnahmen 24

Handlungsansatz 6:
Digitale Teilhabe und digitale Kompetenzen von gemeinwohlorientierten Initiativen stärken 27
Maßnahmen 28

Handlungsansatz 7:
Sozial-ökologische Aspekte gemeinwohlorientierter Initiativen durch Anerkennung und Wertschätzung stärken 30
Maßnahmen 31

Handlungsansatz 8:
Das Vereins- und Steuerrecht für gemeinwohlorientierte Initiativen vereinfachen und das Gemeinnützigkeitsrecht anpassen 32
Maßnahmen 33

Ausblick:
Einladung zum Weiterdenken 34

Literaturempfehlungen 34

Einleitung

Die gesellschaftliche Transformation in Richtung Nachhaltigkeit kann nur gelingen, wenn sich alle relevanten Akteursgruppen beteiligen und den gesellschaftlichen Lern- und Suchprozess aktiv mitgestalten. Denn die Herausforderungen, die mit einer sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft einhergehen, sind enorm. Die Sustainable Development Goals (SDGs) machen grundlegende gesellschaftliche Wandlungsprozesse notwendig. Nur so können die planetaren Grenzen gewahrt, globale und generationsübergreifende Gerechtigkeitsfragen gelöst und demokratische Prozesse gestärkt werden. Gemeinwohlorientierte Initiativen leisten bereits heute wichtige Beiträge zur sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft, die zum Beispiel in der Reduktion von Kohlendioxid-Emissionen durch neue Mobilitätsformen, in der Entwicklung umweltschonender Produktionsverfahren in offenen Werkstätten oder im Schutz der Artenvielfalt durch alternative Formen der Landwirtschaft bestehen. Beispiele für gemeinwohlorientierte Initiativen sind unter anderem Verleih- und Tauschbörsen, Repair-Cafés, Gemeinschaftsgarten- und Food-Sharing-Initiativen sowie alternative Strukturen des Zusammenlebens wie Co-Housing oder Baugemeinschaften.

Unter „gemeinwohlorientierten Initiativen“ wird hier ein breites Spektrum an verschiedenen Aktivitäten und Organisationsformen in der Zivilgesellschaft und über diese hinaus verstanden. Die Eigeninteressen der Teilnehmer/-innen tragen zum Gemeinwohl bei oder gehen über die unmittelbaren Gruppeninteressen hinaus. Die Initiativen agieren nicht gewinnorientiert und verhelfen in ihrem Ansatz der Allgemeinheit zur Lösung sozial-ökologischer Probleme.

Die Broschüre richtet sich an alle Akteure, die gemeinwohlorientierte Initiativen unterstützen und damit einen Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation leisten wollen. Sie spricht damit neben Politiker/-innen, Mitarbeiter/-innen in der Verwaltung, Akteure aus Zivilgesellschaft und Sozialunternehmen an. Da die sozial-ökologische Transformation nicht allein durch die Umweltpolitik bewältigt werden kann,

muss die sozial-ökologische Erneuerung ressortübergreifend und transdisziplinär erfolgen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind ein gesellschaftlicher Teilbereich unter anderen. Gleichwohl agieren sie in einem Spannungsfeld zwischen Markt und Staat. Mit einer Förderung durch die öffentliche Hand geht nicht selten das Unbehagen vieler Initiativen einher, sich in eine staatliche oder marktwirtschaftliche Abhängigkeit zu begeben. Die Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln bringt gemeinwohlorientierte Initiativen nicht nur in Abhängigkeit zu staatlichen Prioritätensetzungen, sondern birgt auch Unsicherheiten, zum Beispiel, wenn Projektmittel auslaufen und Personalmittel nicht längerfristig sichergestellt werden können. Die Frage nach einer geeigneten Engagement-Politik, in der eine aktive Bürgerschaft als gleichberechtigter Partner bei der Aushandlung und Gestaltung politischer Ordnung eingebunden ist und nicht durch Förderung in Abhängigkeitsverhältnisse gelangt, bleibt stets neu zu beantworten. Neue konzeptionelle Ansätze zur Förderung der Zivilgesellschaft sind gefragt. Entscheidend ist die Etablierung einer geeigneten Governance, in deren Rahmen das Verständnis und die Definition von Gemeinwohl ausgehandelt werden. Eine neue Kultur des Miteinanders zwischen Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft steht hier zur Debatte. Eine zentrale Rolle bei der Definition des Gemeinwohls spielen dabei eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen.

Die Broschüre entstand im Rahmen eines Forschungsprojekts, das vom Umweltbundesamt (UBA) und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) in Auftrag gegeben wurde. Unter dem Titel „Umweltpolitische Unterstützungs- und Förderstrategien zur Stärkung sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung“ wurden die hier vorgestellten strategischen Handlungsansätze zur Förderung und Stärkung gemeinwohlorientierter Initiativen entwickelt. [1]

Dabei wurden verschiedene sozialwissenschaftliche Methoden angewendet, die ein breites Publikum an Vertreter/-innen aus Politik, Wirtschaft, kommunalen Verwaltungen und dem breiten Spektrum innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen adressierten. Es wurden mit Vertreter/-innen einzelner gemeinwohlorientierter Initiativen und intermediären Akteuren qualitative Interviews durchgeführt. [2] Im Ergebnis wurden acht strategische Handlungsansätze identifiziert, die gemeinsam mit den am Projekt beteiligten Experten/-innen unter anderem in Workshops und Interviews weiterentwickelt wurden.

Die in der Broschüre vorgestellten Handlungsansätze und Maßnahmen stellen erste Anhaltspunkte für eine Förderung und Unterstützung von gemeinwohlorientierten Initiativen dar, die weiter konkretisiert und für die jeweiligen Handlungsbereiche übersetzt werden müssen. Die Handlungsansätze basieren auf vielfältigen Erfahrungen des Experimentierens und auf langjährigen Lernprozessen der am Forschungsvorhaben beteiligten Initiativen und Intermediären, Politiker/-innen aus verschiedenen Ressortbereichen und Mitarbeiter/-innen in der Verwaltung.

Die Broschüre trägt die Wünsche und Einschätzungen der Akteure zusammen und öffnet mit den Handlungsansätzen ein weites Feld an Möglichkeiten zur Verbesserung, Stärkung und Unterstützung von innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen für die Gestaltung eines sozial-ökologischen Wandels. Die Handlungsansätze dienen als Anregung, zum Weiterdenken und Weiterdiskutieren. Viele Vorschläge werden teilweise schon seit längerem in anderen Debatten diskutiert. Die Handlungsansätze und beispielhaften Maßnahmen sollen als Einladung begriffen werden, sie in die jeweiligen Politikbereiche auch jenseits der Umweltpolitik zu übertragen.

1 Das Projekt wurde gemeinsam vom Institut für Sozialinnovation Consulting (ISIconsult), dem Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) und dem Forschungs- und Beratungsinstitut adelphi im Auftrag des Umweltbundesamts und Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit durchgeführt (Förderzeitraum 12/2016-11/2020). Die Auftraggeber übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der im Papier dargelegten Angaben sowie für die Beachtung der privaten Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Auftraggeber übereinstimmen.

2 Die Ergebnisse wurden veröffentlicht in Peuker, B.; Rückert-John, J.; Egermann, M.; Betsch, A. (2020): Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und ihr Beitrag zur sozialökologischen Transformation. Teilbericht. (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (UBA). Zugriff am 23.06.2020. Verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_104-2020_innovative_gemeinwohlorientierte_initiativen_und_ihr_beitrag_zur_sozial-oekologischen_transformation_0.pdf

Handlungsansatz 1: Kooperationen zwischen Kommunen und gemeinwohlorientierten Initiativen durch Intermediäre und co-produktive Orte fördern

Sowohl lokale Politik und Verwaltung als auch gemeinwohlorientierte Initiativen verfolgen Ziele des Gemeinwohls und versuchen dabei zunehmend stärker, auf einen sozial-ökologischen Wandel der Gesellschaft hinzuwirken. Dabei werden die Potenziale, die in einer Zusammenarbeit beider gesellschaftlicher Bereiche – Politik und Verwaltung einerseits und Zivilgesellschaft andererseits – liegen, häufig nicht ausgeschöpft. Eine systematische Kooperation zwischen gemeinwohlorientierten Initiativen und lokaler Politik und Verwaltung sowie weiterer Akteure, wie der lokalen Wirtschaft, findet in der Regel nicht statt. Intermediäre Strukturen und co-produktive Räume, die eine Zusammenarbeit beider gesellschaftlicher

Intermediäre Akteure und Strukturen: Da viele der Initiativen auf die Umsetzung ihres konkreten Anliegens fokussiert sind und über nur begrenzte Kenntnisse der kommunalpolitischen und rechtlichen Verfahren verfügen, hat sich ein neuer Typus von intermediären Akteuren herausgebildet, die als Intermediäre zwischen diesen Initiativen und den staatlichen Institutionen (Verwaltung und Politik) vermitteln. So werden zielgerichtete Kommunikations-, Management- und Unterstützungsstrukturen möglich, die eine stadtgesellschaftliche Koproduktion von Stadt stärken. (https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/refo/staedtebau/2017/raumagenten/01-start.html?nn=2541684#doc2791900bodyText5)

Bereiche ermöglichen und befördern, sind durchaus vorhanden, beruhen aber überwiegend auf informellen, persönlichen Kontakten und sind daher sehr fragil. Sie bedürfen einer zielgerichteten Förderung und Unterstützung, damit sie ihre Funktion erfüllen können.

Co-Produktion und co-produktive Räume: Dienstleistungen werden in Zusammenarbeit unterschiedlicher kommunalpolitischer, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure erbracht. Alle Beteiligten steuern Ressourcen bei. Jedem Beteiligten wird zugetraut, dass er etwas einbringen kann. Das Verhältnis zwischen ihnen ist gleichberechtigt. Die Zusammenarbeit findet in hierfür eigens geschaffenen Räumen statt. (http://www.nonprofits-vernetzt.de/download/Forum-Zivilgesellschaft-01-2014.pdf)

Unterschiedliche Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen erschweren die Kooperation

Dass eine solche Kooperation zwischen lokaler Politik und Verwaltung sowie gemeinwohlorientierten Initiativen nicht einfach gelingt, hat aus Sicht vieler befragter Initiativen mehrere Ursachen. Ein grundlegendes Problem sind die unterschiedlichen Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen und die jeweils eigene „Sprache“ der Akteure. So orientieren sich Verwaltungsmitarbeiter/-innen an Beschlüssen und Verordnungen, die nur einen begrenzten Raum für Auslegungen bieten, während zivilgesellschaftlich Engagierte zumeist Partikularinteressen verfolgen. Damit verbunden sind unterschiedliche Problembeschreibungen, Lösungsansätze und zeitliche Vorstellungen für die Zielerreichung. Zudem werden Unwissenheit und ein fehlendes Verständnis für die Arbeit der Anderen sowie Missverständnisse auf beiden Seiten beklagt. Enttäuschung und Frustration sowie eine nachlassende Kooperationsbereitschaft sind häufige Folgen. Hinzu kommen fehlende finanzielle, personelle und zeitliche Ressourcen für eine gemeinsame Kooperation.

Intermediäre Akteure vermitteln in co-produktiven Räumen zwischen kommunalpolitischen Akteuren und gemeinwohlorientierten Initiativen

Dort, wo intermediäre Akteure in co-produktiven Räumen zwischen Kommunalverwaltungen und Zivilgesellschaft vermitteln, können Konflikte oft vermieden oder schneller beigelegt werden. Intermediäre Akteure können durch die Berücksichtigung verschiedener Interessen neue Perspektiven für eine gemeinsame Gestaltung des kommunalen Raums eröffnen. Darüber hinaus können intermediäre Akteure in co-produktiven Räumen gestalterisch wirken, indem konkrete Projekte in Co-Produktion von Verwaltung und Bürgerschaft, Wirtschaft und Wissenschaft entwickelt, geplant und umgesetzt werden. Intermediäre Akteure und co-produktive Räume repräsentieren die Bürgerschaft und leben von der Nähe zu ihr und zur organisierten Zivilgesellschaft. Diese Strukturen stellen Räume des Lernens und der Weiterbildung dar und bieten Unterstützung und Beratung.

Maßnahmen

Stärkung und Weiterentwicklung von Strukturen für Intermediäre in und durch die Kommunen

Eine kurzfristige Maßnahme zur Verbesserung der Kooperationen zwischen Verwaltung und gemeinwohlorientierten Initiativen ist es, die oftmals schon bestehenden Strukturen und Akteure mit intermediärem Charakter im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich (z. B. Nachhaltigkeits- und Klimaschutzmanager/-innen, Quartiersmanager/-innen, Umweltzentren, Lokale-Agenda-21-Büros) zu stärken und auch neu einzurichten. Hierfür sollten öffentliche Gelder, unter anderem der Kommune, zur Verfügung gestellt werden. Die Mitarbeiter/-innen der Kommunalverwaltung sollten für die Arbeit mit gemeinwohlorientierten Initiativen, zum Beispiel mit Blick auf neue Methoden und Instrumente der Co-Produktion, geschult werden. Die Akteure können sowohl Ämter- und Geschäftsbereich-übergreifend, zum Beispiel als Stabsstelle beim (Ober-)Bürgermeister, als auch in einzelnen Fachressorts, wie im Stadtplanungsamt oder Umweltamt, angesiedelt sein. Für eine Angliederung an kommunale Geschäftsbereiche spricht, dass damit eine Legitimierung der intermediären Struktu-

ren verbunden ist, die sie durch eine Bindung an die Zivilgesellschaft nicht besitzen.

Anregungen, wie eine intermediäre Struktur ausgestaltet werden kann, liefern Beispiele in Berlin, wie der Runde Tisch Stadtentwicklung im Stadtbezirk Friedrichshain-Kreuzberg, die Arbeits- und Koordinierungsstruktur (AKS) Gemeinwohl oder Beispiele aus dem Netzwerk Immovielien.

Zum Weiterlesen:
https://www.wbm.de/neubau-berlin/partizipation/runder-tisch/
https://gemeinwohl.berlin/
https://www.netzwerk-immovielien.de

Einrichtung einer kommunalen Kontaktstelle für gemeinwohlorientierte Initiativen durch die Kommune

Sind die oben genannten intermediären Strukturen und Akteure nicht vorhanden, sollte im ersten Schritt eine Kontaktstelle durch die Kommune eingerichtet werden. Die Kontaktstelle richtet sich an Vertreter/-innen der gemeinwohlorientierten Initiativen, aber auch Investor/-innen der Privatwirtschaft sowie alle Bürger/-innen. Zu den Aufgaben dieser Stelle gehört es auch, verwaltungsintern Aktivitäten im Bereich der Nachhaltigkeit zu koordinieren und zwischen den Fachressorts, wie dem Stadtplanungsamt oder dem Umweltamt, bei entsprechenden Problemstellungen zu vermitteln. Die Stelle hilft Themen und Ideen aus dem Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich aufzunehmen, die keinem Geschäftsbereich eindeutig zuordenbar sind, zum Beispiel Ernährungsräte, Repair-Cafés, Solidarische Landwirtschaft. Als Schnittstelle ermöglicht sie Bürger/-innen kontinuierlich eigene Ideen einzubringen. Damit vermittelt sie auch zwischen kommunalen und privat-(wirtschaftlichen) Akteuren.

1000-Vermittler/-innen-Programm für Gemeinwohl und sozial-ökologischen Wandel

Eine konkrete Idee, um intermediäre Strukturen in vielen Kommunen Deutschlands aufzubauen, ist die Einführung eines 1000 Vermittler/-innen-Programms für Gemeinwohl und sozial-ökologischen Wandel. 1000 Intermediäre könnten für drei Jahre gefördert werden, um Vermittlungsarbeit zwischen Verwaltung, Politik und gemeinwohlorientierten Initiativen in Deutschland für den sozial-ökologischen Wandel zu leisten und entsprechende Strukturen aufzubauen. Das Programm sollte begleitend evaluiert werden. Eine mögliche Fortführung sollte an einen finanziellen Eigenanteil und an eine kommunale Verankerung, zum Beispiel einen Stadtratsbeschluss und im Kommunalhaushalt, gebunden sein.

Praktikum- und Austauschprogramm

Eine weitere Möglichkeit, co-produktive Lernprozesse auf kommunaler und zivilgesellschaftlicher Seite zu unterstützen, ist die Einführung eines Praktikum- und Austauschprogramms. Dieses Programm kann

den fach- und sektorübergreifenden Austausch unterstützen, indem eintägige oder mehrtägige Praktika bei Kooperationspartner/-innen durchgeführt werden: Akteure der Kommunalverwaltung arbeiten in zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vertreter/-innen gemeinwohlorientierter Initiativen in der Kommunalverwaltung. Eine Kampagne und Unterstützung durch das Bundesumweltministerium wäre hier vorstellbar.

Einrichtung und Gestaltung co-produktiver Räume durch Kommunen und gemeinwohlorientierte Initiativen mit Unterstützung des Bundes

Eine Maßnahme, um die Zusammenarbeit zwischen kommunaler Verwaltung und gemeinwohlorientierten Initiativen zu verbessern, ist die langfristige Einrichtung von co-produktiven Räumen. In größeren Kommunen sollten mehrere solcher Orte (z. B. als Büros) jeweils auf Stadtteil- oder Quartiersebene eingerichtet werden. Bereits bei der Einrichtung sollten Kommunen und gemeinwohlorientierte Initiativen partnerschaftlich und gleichberechtigt agieren. Denkbar wäre eine Anschubfinanzierung durch ein Bundesprogramm im Wettbewerbsverfahren zwischen den Kommunen. Konkret könnten co-produktive Büros folgendermaßen ausgestaltet sein.

Zuständig sind die Büros für die Anliegen der Bevölkerung in der Gemeinde, im Stadtteil oder Quartier, die von Anfragen zu alltäglichen Belangen bis hin zu zukunftweisenden Projekten für das Quartier reichen. Die Büros können zum einen die Anliegen der Bürger/-innen bearbeiten, damit sie an die zuständigen Fachabteilungen im Rathaus geleitet werden und eine Kontaktaufnahme erleichtert wird. Zum anderen werden die Anforderungen und Rahmenbedingungen der Verwaltung an die Bevölkerung zurückgespielt. Die Büros bieten das Potenzial, dass zum Beispiel Quartiersziele in Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kommunalen Akteuren entwickelt werden, die dann dem Stadt(teil)rat vorgetragen werden und nach Möglichkeit zur Beschlussfähigkeit und Umsetzung geführt werden.

Besetzt werden diese Büros durch mindestens zwei Mitarbeiter/-innen, jeweils eine Person mit Erfahrungen in der Kommunalverwaltung und eine Person aus dem Bereich des organisierten zivilgesellschaftlichen Engagements. Beide Mitarbeiter/-innen bearbeiten im Austausch die Anliegen und bilden sich durch kollegiales Lernen fort. Die Büroräume sollten zum Austausch anregen und auch als offene Räume – symbolisch wie auch konkret – genutzt werden können. Hierzu sollte nach Möglichkeit auf bereits vorhandene Strukturen, zum Beispiel die des Quartiersmanagements, zurückgegriffen werden.

Zur Förderung intermediärer Strukturen und Akteure im ländlichen Raum bietet das Programm „Initiative ergreifen“ viele Ansatzpunkte. Das Büro „startklar“ ist für die Ausführung dieses Förderprogramms zuständig und verfolgt den Auftrag, „Investitionen in die Köpfe, also Lern- und Qualifizierungsprozesse vor Ort“ zu ermöglichen. Dabei agieren die Büromitarbeiter/-innen auch als Vermittler/-innen zwischen Förderprogramm und Bürgerschaft und nehmen dazu auch viele Vorort-Termine wahr.

Zum Weiterlesen:
https://initiative-ergreifen.de/
https://startklar-ab.de/

Stadtteilfonds: Eine garantierte Summe öffentlicher Mittel steht bestimmten Bevölkerungsgruppen für bestimmte Zwecke zur Verfügung. In diesem Rahmen können Vorschläge entwickelt und direkt abgestimmt werden. Schließlich achten die Beteiligten auf die angemessene Umsetzung ihrer Vorschläge oder wirken selbst daran mit. Sie übernehmen damit in einem überschaubaren Rahmen Verantwortung für ihr Quartier und machen dabei die Erfahrung, dass sie mit anderen durch Beteiligung etwas gestalten können. Siehe hierzu www.buergergesellschaft.de

Stadtteilfonds, Bürgerbudgets sowie Mitmachgelder und Experimenttöpfe

Die co-produktiven Räume sollten über ein eigenes Budget verfügen. Denkbar sind hier schon erprobte Instrumente wie Stadtteilfonds oder Bürgerbudgets. Neu erprobt und weiterentwickelt werden sollten sogenannte „Mitmachgelder“ oder „Experimentiertöpfe“, die dafür eingesetzt werden sollten, um

kreative und visionäre Ideen zu erproben, ohne ein bestimmtes Ergebnis vorher festzulegen und den Erfolg nachweisen zu müssen. Mitmachgelder zeichnen sich dadurch aus, dass finanzielle Mittel ohne Vorkenntnisse beziehungsweise Erfahrungen bei der Beantragung und Abrechnung von Fördergeldern an gemeinwohlorientierte Initiativen vergeben werden, um bürgerschaftliches Engagement für eine Vielzahl von Bürger/-innen zu ermöglichen.

Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Zukunftsstadtinitiative der Landeshauptstadt Dresden zeigt, mit welchen Formaten, Partnern und Werkzeugen breite Teile der Zivilgesellschaft niedrigschwellig angesprochen, aktiviert sowie ermächtigt werden können. Hierbei werden neben Experimenten für den sozial-ökologischen Wandel auch co-produktive Orte mit Stadtteilbeiräten und -fonds erprobt und weiterentwickelt.

Zum Weiterlesen: www.zukunftsstadt-dresden.de

Co-Produktion von Förderprogrammen und Beteiligungsverfahren durch Kommunalverwaltung und gemeinwohlorientierte Initiativen

Eine weitere Form der Co-Produktion und Aufgabe der co-produktiven Räume könnte die gemeinsame Ausgestaltung von Förderprogrammen sein. Hierdurch können neue Anreize für gemeinwohlorientierte Initiativen geschaffen sowie die bekannten Hürden, wie komplexe Vergabeverfahren und Nachweispflichten, minimiert werden. Probleme könnten aus Konflikten mit den Vergaberichtlinien entstehen, wenn zum Beispiel Akteure ein Förderprogramm mitgestalten und sich dann selbst bewerben (Wettbewerbsvorteil). Jedoch könnte der Co-Produktions-

Experimentiertöpfe: Den Akteuren wird eine überschaubare Summe für das Ausprobieren innovativer Ideen, sogenannter Experimente, zur Verfügung gestellt. Der Zugang zu den finanziellen Mitteln und die Formalitäten der Abrechnung sind niedrigschwellig.

Prozess auch durch anonymisierte Befragungen oder durch die partizipative Diskussion von Programmentwürfen im Internet gestaltet werden. Auch die Evaluation der Förderprogramme wäre ein möglicher Ansatz.

Nicht nur Förderprogramme, sondern auch aktuelle Planungs- und Beteiligungsverfahren der Kommunalverwaltung, zum Beispiel bei der Erstellung Integrierter Stadtentwicklungskonzepte, Energie- und Klimaschutzkonzepte, Mobilitätskonzepte, sind aus Sicht der Initiativen oft nur unzureichend auf ihre Bedarfe zugeschnitten. Co-produktive Räume könnten daher eine wichtige Rolle bei der Evaluation und Weiterentwicklung von Instrumenten der Beteiligung und damit auch der Ermächtigung von Bürger/-innen spielen. Aus Sicht der befragten Initiativen ist Vertraulichkeit im Beteiligungsprozess von besonderer Bedeutung. Am Ende eines jeden Prozesses sollte nach Möglichkeit eine gemeinsame Aktivität von Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft stehen, bei der die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens an die politischen Akteure vermittelt werden. Die erarbeiteten Empfehlungen könnten zum Beispiel mit Fraktionen und Stadträten diskutiert werden.

Weiterbildung zur Co-Produktion und zum querschnittsorientierten Denken

Die co-produktiven Räume sollten zugleich Bildungsräume sein und hierfür über ein Budget verfügen. Das Weiterbildungsangebot richtet sich dabei sowohl an zivilgesellschaftliche Akteure und Bürger/-innen als auch an Vertreter/-innen der lokalen Politik und Verwaltung, die gemeinsam diskutieren und zum Beispiel Aufgaben lösen, die im lokalen Kontext einer gemeinsamen Antwort bedürfen. Denkbar wären thematische Vortragsreihen zur nachhaltigen Entwicklung, zum systemischen Denken, zum querschnittsorientierten Handeln sowie methodische Seminare zur Co-Produktion. Auch ein Programm zur Weitervermittlung des dabei erarbeiteten Wissens sollte Eingang in diesen strategischen Handlungsansatz finden. Aus Sicht der Verwaltungspraxis würden sich Best-Practice-Bücher zur Kommunikation und Zusammenarbeit mit gemeinwohlorientierten Initiativen und wirtschaftlichen Akteuren anbieten. Weiterbildungsmaßnahmen könnten zudem von bundesweiten Institutionen wie dem Deutschen Institut für Urbanistik oder dem Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. übernommen werden.

Wie kooperative Stadtentwicklung gelernt werden kann, zeigt das Beispiel „Stadt gemeinsam gestalten“ aus Leipzig, ein Programm, welches Bürger/-innen, Verwaltung, Politik und Unternehmen zusammenbringt und tragfähige Lösungen für eine gemeinsame Stadtentwicklung erarbeitet. Die Stiftung „Ecken wecken“ testet im Rahmen dieses Programms bereits Formate zur Co-Produktion.

Zum Weiterlesen:

www.stiftung-ecken-wecken.de
Deutsches Institut für Urbanistik: www.difu.de
Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.: www.vhw.de

Handlungsansatz 2: Den gemeinwohlorientierten Initiativen Zugänge zu Flächen und Räumen ermöglichen

Gemeinwohlorientierte Initiativen benötigen für ihre Arbeit neben zeitlichen Ressourcen besonders Flächen und Räume, um ihre Ideen planen, umsetzen, reflektieren und verbessern zu können. Einige gemeinwohlorientierte Initiativen, wie zum Beispiel Repair-Cafés, benötigen Räumlichkeiten für regelmäßige Treffen und gemeinsame Aktionen. Für andere Initiativen, wie Gemeinschaftsgärten, sind Flächen wichtig, die sie eigenständig gestalten können. Wiederum andere gemeinwohlorientierte Initiativen benötigen für die Umsetzung ihrer Ideen Räume, die frei von Auflagen sind, sodass sich hier ein Ort des Experimentierens etablieren kann. Damit sind Räume nicht nur als physische Orte von Bedeutung, sondern auch als symbolische, denn hier wird die Freiheit des Denkens und Handelns unterstützt.

Flächen und Räume als Grundlage sozialer Bindungen und gemeinschaftlichen Handelns

Gemeinwohlorientierten Initiativen den Zugang zu Räumen und Flächen zu erleichtern und zu ermöglichen, ist keine Maßnahme, die nur einer kleinen zivilgesellschaftlichen Gruppe zu Gute kommt. Gemeinwohlorientierte Initiativen probieren, testen und entwickeln neue Praktiken und Lebensweisen, die für eine sozial-ökologische Transformation notwendig sind. Diese reichen von alternativen Formen des Wirtschaftens und Konsumierens, über alternative Lebensformen und der Neuorganisation von Gemeinschaften bis hin zur demokratisch-politischen Bildung und der Weitervermittlung von Kulturtechniken. Um eine sozial-ökologische Transformation voranzutreiben, ist es nötig, dass den unterschiedlichen gemeinwohlorientierten Initiativen für ihre neuen Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen Räume zur Verfügung stehen. Die Suche, der Unterhalt und die Finanzierung geeigneter Räume sind in der Regel nicht Teil der Kernaktivitäten der Initiativen und stellen sich in manchen Fällen als große Herausforderung für sie dar.

Maßnahmen

Konzeptvergabe kommunaler Flächen und Räume

Grundlage für die Vergabe kommunaler Räume und Flächen an Interessent/-innen sollten ökologische, soziale, kulturelle und ökonomische Kriterien sein, die den Beitrag zum Gemeinwohl und zum sozial-ökologischen Wandel berücksichtigen. Gemeinwohlorientierte Initiativen würden hiermit größere Chancen erhalten, als wenn die Vergabe maßgeblich auf Basis erwartbarer ökonomischer Gewinne für die Kommune erfolgt und somit finanzkräftige Investor/-innen gegenüber gemeinwohlorientierten Initiativen einen nicht zu kompensierenden Vorteil hätten. Um der Nachfrage beider Akteursgruppen zu entsprechen, könnte die Vergabe an private Investor/-innen an die Auflage einer bedingten Zurverfügungstellung von Flächen oder Räumen für gemeinwohlorientierte Initiativen geknüpft werden. Die Einführung einer solchen Konzeptvergabe ist je nach kommunalem Haushaltsrecht und der Veräußerung von Vermögen zu prüfen und muss in Abstimmung mit der kommunalen Rechtslage formuliert werden. Weiterhin wird eine Stärkung professioneller Vermittlerstrukturen bei der Vergabe von Räumen und Flächen von mehreren Initiativen als hilfreich angesehen. Diese Vermittler/-innen könnten entsprechend der spezifischen Bedarfe gemeinwohlorientierter Initiativen sicherstellen, dass sie bei der Zuteilung von Räumen und Flächen berücksichtigt werden.

Wie eine Konzeptvergabe aussehen kann, zeigt die Fachabteilung „Wohnungsbau in Hessen“ des hessischen Wirtschaftsministeriums. Hier wird für die Grundstücksvergabe mit dem Schwerpunkt „Wohnungsbau“ geworben. Die Konzeptvergabe wird anhand eines Leitfadens erläutert, der jeder Kommune zur Verfügung gestellt wird. Die Schwerpunkte bei der Konzeptvergabe beziehen sich auf das Spannungsfeld zwischen Wohnpolitik, Städtebau im Quartier, der Funktion und Architektur des Gebäudes und Ökologie, Verkehr, Energie. Eine Konzeptvergabe wird in einzelnen Kommunen, beispielsweise

München und Leipzig, bereits erfolgreich angewandt.

Zum Weiterlesen:
www.wohnungsbau.hessen.de

Verkaufsstopp von öffentlichem Grund und Boden bei Bund, Ländern und Kommunen

In zahlreichen Kommunen hat der Verkauf kommunaler Flächen bereits zu einem starken Verlust verfügbarer öffentlicher Flächen und Räume geführt. Deshalb sollten mit einem Verkaufstopp von öffentlichem Grund und Boden die Handlungsspielräume von Kommunen zur Steuerung der Flächennutzung langfristig erhalten werden. Kommunale Flächen sollten nur noch zur Vermietung beziehungsweise Verpachtung freigegeben werden. In Bebauungsplänen sollte eine gemeinwohlorientierte Nutzung öffentlicher Flächen explizit berücksichtigt werden. Eine weitere Maßnahme zur Reduktion der Flächen- und Raumknappheit sehen die befragten Initiativen in der Forderung nach einem Stopp von Flächen- und Immobilienspekulationen. Daran anknüpfend könnte ein Bodenfonds auf Bundesebene eingerichtet werden, sodass Kommunen wieder zu einer proaktiven Bodenpolitik befähigt werden.

Bodenfonds: Hierunter wird die Gesamtheit der landwirtschaftlich, gärtnerisch, forstwirtschaftlich oder anderweitig genutzten Bodenfläche verstanden. Es lassen sich der staatliche, genossenschaftliche und private Bodenfonds unterscheiden.

Schaffung von Flächen für gemeinwohlorientierte Initiativen und ihre Sichtbarkeit durch die Kommunen

Mit einem solchen Verkaufsstopp wird die Absicht verfolgt, Flächen für gemeinwohlorientierte Initiativen zu schaffen. Hierzu sollte zusätzlich eine Methode entwickelt werden, mit der Flächen für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden. Hierbei können Open Source GIS-Programme, wie Open Street Map oder kommunale eigene Programme, unterstützend wirken. Für eine sogenannte Bevorratung von Flächen für gemeinwohlorientierte Initiativen ist die Formulierung einer geeigneten Klausel im Gesetzestext notwendig. Eine Bevorratung und somit Sicherung von Flächen für Initiativen könnte durch eine Zweckbestimmung von Flächen im Baugesetz-

buch formuliert werden. Die Zweckbestimmung von Flächen zur Nutzung durch gemeinwohlorientierte Initiativen müsste in eine neue Kategorie von Gebieten münden, was zudem eine Änderung gesetzlicher Rahmenbedingungen verlangen würde.

Bei der Bevorratung von Flächen und deren Sichtbarmachung kann auf Erfahrungen im Bereich des Naturschutzes zurückgegriffen werden. So führt – als ein Beispiel von vielen in diesem Bereich – das Bayerische Landesamt für Umwelt ein Ökoflächenkataster und ein Ökokonto. Grundlage dieser beiden Maßnahmen war die Novellierung des Bayerischen Naturschutzgesetzes 1998 mit dem Zusatz, ein Kataster für „ökologische bedeutsame Flächen" zu erstellen und zu pflegen.

Zum Weiterlesen:
www.lfu.bayern.de/natur/oefka_oeko/index.htm

Erweiterung der Flächenkategorisierung im Planungsrecht durch den Bundesgesetzgeber

Eine sozial-ökologische Transformation und eine gemeinwohlorientierte Stadt- und Raumentwicklung machen eine veränderte Flächennutzung notwendig. Planungsrechtlich gesicherte Flächen für das Erproben einer zukunftsfähigen, gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung gibt es bislang jedoch nicht. Deshalb sollte eine zusätzliche Flächenkategorie ins Planungsrecht aufgenommen werden, die es im Sinne von „Zukunftsschutzgebieten" der Kommune ermöglicht, diese Flächen für das Erproben neuer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen durch gemeinwohlorientierte Initiativen zu sichern. Eine Fortführung der so erprobten Nutzung als Dauernutzung und Überführung in eine andere Flächenkategorie sollte möglich sein. Auch sollten an anderer Stelle neue Flächen gesichert werden, auf denen dann wiederum andere Nutzungen erprobt werden können, die heute noch nicht absehbare Herausforderungen zur Sicherung des Gemeinwohls in der Zukunft adressieren.

Open Source GIS-Programme: Als Open Source wird Software bezeichnet, deren Quelltext öffentlich und von Dritten eingesehen, geändert und genutzt werden kann. Open-Source-Software kann meistens kostenlos genutzt werden. GIS ist die Abkürzung für Geografische Informationssysteme.

Fixkostenübernahme durch die Kommune oder andere Formen der „Bezahlung" vereinbaren

Die Durchführung dieser Maßnahme bedingt eine Neuverhandlung des Verständnisses von Gemeinwohl und bezieht sich besonders auf Räume und Gebäude. So müssten gemeinwohlorientierte Initiativen, wie zum Beispiel offene Werkstätten, als förderfähig im Sinne einer öffentlichen Einrichtung eingestuft werden. Sie sind dann gleichzusetzen mit Bibliotheken, Schwimmhallen oder Sport- und Spielplätzen. Dadurch könnten durch die öffentliche Hand die Fixkosten bei der Nutzung von Räumen und Gebäuden zu Teilen übernommen werden. Eine andere Variante wäre die Festsetzung eines Pachtvertrags über die

Öffentliche Daseinsvorsorge: Der Begriff der öffentlichen Daseinsvorsorge bezeichnet Tätigkeiten des Staates, welche einer grundlegenden Versorgung der Bevölkerung mit wesentlichen Gütern und Dienstleistungen dienen. Teilweise wird in diesem Zusammenhang auch von Leistungen zur „Existenzsicherung" oder zur „zivilisatorischen Grundversorgung" gesprochen. Als klassische Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge gelten dabei Aufgaben wie die Abfallbeseitigung, die Versorgung mit Wasser, Gas und Strom sowie der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Beantwortung der Frage, welche Güter und Dienstleistungen allerdings konkret von staatlicher Seite aus bereitgestellt werden müssen, ist durchaus umstritten und unterliegt – wie damit auch die Definition des Begriffes „öffentliche Daseinsvorsorge" selbst – dem gesellschaftlichen Wandel. www.difu.de/nachricht/was-ist-eigentlich-oeffentliche-daseinsvorsorge

Summe von Null Euro. In diesem Fall würde die Pacht durch andere, nicht monetäre, Leistungen erbracht werden, die der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen, wie zum Beispiel die Pflege der Fläche, die Unterstützung der nachbarschaftlichen Entwicklung oder die Durchführung von Veranstaltungen.

Das Beispiel Bürgerbahnhof Plagwitz in Leipzig zeigt, wie kommunale Flächen einer gemeinwohlorientierten Initiative im Rahmen eines Pachtvertrags und einer Pacht von null Euro überlassen werden und die Initiative stattdessen nicht-monetäre Leistungen, wie Freiraumpflege, Durchführung von Veranstaltungen, Quartiersarbeit, erbringen.

Zum Weiterlesen: www.buergerbahnhof-plagwitz.de

Gemeinwohlorientierung und ökonomische Bewirtschaftungsmöglichkeiten von Flächen und Räumen in Einklang bringen

Die Sicherstellung einer dauerhaften Nutzung von Flächen und Räumen durch gemeinwohlorientierte Initiativen kann durch die Art der Bewirtschaftung dieser Flächen und Räume erfolgen, etwa durch eine räumliche Mischung gemeinwohlorientierter und privatwirtschaftlicher Organisationen. Von Vorteil ist eine räumliche Nähe zu anderen Akteuren, um auf kurzem Wege miteinander zu kooperieren, Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen und die Kosten zu teilen. Um dies zu gewährleisten, wird von gemeinwohlorientierten Initiativen gewünscht, dass Nutzungsauflagen verringert werden. Einerseits ist es positiv, dass Räume exklusiv für gemeinnützige Organisationen gesichert werden, doch erschwert dies andererseits die Kooperation mit nicht-gemeinnützigen Akteuren, die ebenso zur Sicherung einer dauerhaften Nutzung von Flächen und Räumen beitragen. Deshalb wird auch davon abgeraten, sogenannte Cluster von ausschließlich gemeinnützigen Initiativen zu fördern. Die Bewirtschaftung von Flächen und Räumen kann auch durch ein diversifiziertes Geschäftsmodell der Initiativen selbst erfolgen. Dieses kann beispielsweise moderate Nutzungskosten, Mieteinnahmen von gemeinwohlorientierten Nutzer/-innen, aber auch für Events oder Gewerbe beinhalten. Jedoch ist eine solche Diversifizierung mit einem hohen organisatorischen Aufwand verbunden, der die knappen zeitlichen und personellen Ressourcen der Initiativen zusätzlich beansprucht.

Handlungsansatz 3: Fachberatung von gemeinwohlorientierten Initiativen stärken und ihre Vernetzung fördern

Die Beratung gemeinwohlorientierter Initiativen ist eine wichtige Form der Unterstützung, denn hierdurch kann die Arbeit der Initiativen – vor allem mit Blick auf ihre aktuellen Herausforderungen – gesichert werden. Durch die Beratung können ebenso soziale und ökologische Aspekte verdeutlicht und gestärkt werden. Um die gegenseitige Beratung und Unterstützung zu ermöglichen, sollte die Vernetzung von gemeinwohlorientierten Initiativen aktiv gefördert werden.

Fachberatung für gemeinwohlorientierte Initiativen

Die Fachberatung ist vor allem für neugegründete Initiativen und kleine Vereine von zentraler Bedeutung. Hier fehlen meist Wissen und Erfahrungen, über die erfahrene Initiativen und Vereine verfügen und die sie weitergeben können. Die befragten gemeinwohlorientierten Initiativen plädieren dafür, dass die fachliche Beratung der Initiativen und kleinen Vereine durch die erfahrenen Initiativen dezentral und bereichsspezifisch erfolgen sollte.

Ein Beispiel für eine fachspezifische Beratung gemeinwohlorientierter Initiativen durch Initiativen aus demselben Themenbereich ist der Dachverband der Bürgerbusse in Nordrhein-Westfalen „Pro Bürgerbus NRW“. Er wurde 1999 als Beratungsstelle gegründet und wird vom Bundesland unterstützt. Der Dachverband veröffentlichte einen Online-Leitfaden zu Herausforderungen rund um die Gründung und den Betrieb von Bürgerbussen.

Zum Weiterlesen: www.pro-buergerbus-nrw.de/

Überlastung der bestehenden, meist unentgeltlichen Beratungsstrukturen

Die Idee einer fachlichen Beratungsarbeit durch erfahrene Initiativen ist nicht neu und sie wird vielfach schon geleistet. Ein Beispiel ist das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft. Aber auch Stiftungen wie die Stiftung trias und die Stiftung anstiftung bieten Beratung an: Zum einen für gemeinschaftliche Wohnprojekte mit sozialen und ökologischen Inhalten, zum anderen für offene Werkstätten, interkulturelle und urbane Gemeinschaftsgärten . Bei all diesen Engagement-Bereichen ist oft die Ausrichtung auf ökologische Werte und Ziele naheliegend und wird bereits mitgedacht.

Viele zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen, aber auch Einzelpersonen übernehmen Beratungsaufgaben zur Facharbeit in ihrem jeweiligen Engagement-Bereich. Die befragten Initiativen berichten von Problemen, dass die fachliche Beratungsarbeit meist unentgeltlich erfolgt und in einigen Engagement-Bereichen die vorhandenen Beratungsstrukturen überlastet sind. So gibt es zwar Beratungsangebote für gemeinschaftliches Wohnen – wie zum Beispiel die WohnBund-Beratung Dessau – dennoch wird häufig angemerkt, dass es schwer sei, in diesem Bereich ausreichend Berater/-innen zu finden, da die Nachfrage das Angebot übersteigt. Es geht also nicht nur darum, vorhandene Strukturen zu unterstützen, sondern auch neue Formen der Beratung zu fördern, die das Beratungsangebot erhöhen.

Zum Weiterlesen:
www.solidarische-landwirtschaft.org
www.stiftung-trias.de
www.anstiftung.de
www.wohnbund-beratung.de

Bedarf an Rechtsberatung auch für etablierte gemeinwohlorientierte Initiativen

Über die fachliche Beratung hinaus fehlt es gemeinwohlorientierten Initiativen häufig an Wissen zu rechtlichen Organisationsformen – wie zum Beispiel Verein, Genossenschaft, Stiftung – und ihren Vor- und Nachteilen. Ebenso fehlen Erfahrungen und Kenntnisse, wie Anträge auf Fördermittel gestellt und diese abgerechnet werden. Auch etablierte gemeinwohlorientierte Initiativen und Organisationen sehen einen Beratungsbedarf zu diesen Fragen.

Beratung durch Vernetzung: Von der Zivilgesellschaft für die Zivilgesellschaft

Eine Vernetzung mit anderen gemeinwohlorientierten und kommunal verorteten Initiativen, die nicht unbedingt im selben Themenfeld arbeiten, haben den Vorteil, dass sie sich gegenseitig bei Organisations- und Finanzierungsfragen oder der Nutzung räumlicher und materieller Infrastruktur unterstützen können. Durch Kooperationen und Vernetzungen können gemeinwohlorientierte Initiativen voneinander lernen, sich das erforderliche fachliche und organisatorische Wissen anzueignen sowie Partner/-innen und Hilfeleistungen zu finden. Kleineren und neu gegründeten gemeinwohlorientierten Initiativen fehlt es oftmals an Vernetzung mit bereits bestehenden gemeinwohlorientierten Initiativen vor Ort.

Maßnahmen

Kommunale Vergabe von Beratungsgutscheinen für gemeinwohlorientierte Initiativen

Gemeinwohlorientierte Initiativen erachten kommunal geförderte Beratungsgutscheine für ihren jeweiligen Initiativbereich als sinnvoll. Diese können etwa für die Beratung bei Berater/-innen ihrer Wahl eingelöst werden. So wird gewährleistet, dass die Beratung möglichst passgenau und bedarfsgerecht erfolgt. Eine Frage, die sich hier stellt, ist, wie die Qualität der Beratungsangebote sichergestellt werden kann. Dies könnte zum Beispiel durch regelmäßige Treffen der Berater/-innen erfolgen, bei denen die Beratungspraxis reflektiert und weiterentwickelt wird. Eine weitere Frage ist, ob hierfür eine Zertifizierung von Berater/-innen notwendig ist.

Förderung materieller und personeller Rahmenbedingungen für die Beratung durch Kommunal-, Landes- oder Bundesmittel

Bereits bestehenden und erfahrenen gemeinwohlorientierten Initiativen sollte durch eine Förderung ermöglicht werden, ihr fachliches Beratungsangebot auszubauen. Dies kann vor allem dadurch erfolgen, dass Personal- und Sachmittel bereitgestellt werden, aber auch indem in die Räumlichkeiten, in denen die Beratung stattfindet, investiert wird. Darüber hinaus können für erfahrene Personen Weiterbildungen angeboten werden, um ihnen Wege aufzuzeigen, wie sie beratend tätig werden können.

Staatliche Förderprogramme für Vernetzer/-innen

Ebenso können Personalmittel explizit für Netzwerkarbeiter/-innen zur Verfügung gestellt werden. Die Netzwerkarbeiter/-innen sollten die Aufgaben verfolgen, Kontakte zur Nachbarschaft und zu anderen gemeinwohlorientierten Initiativen der Zivilgesellschaft zu pflegen und als Vermittler/-innen zwischen verschiedenen Handlungslogiken zu fungieren. Eine Idee ist, dass der Ausbildungsberuf „Vernetzerin/Vermittlerin beziehungsweise Vernetzer/Vermittler“ etabliert und gefördert wird.

Ein Beispiel für die Förderung von Vernetzung ist das Programm „Engagierte Stadt“, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und fünf Stiftungen finanziert wird. Ausgewählte gemeinnützige Organisationen in kleinen und mittelgroßen Kommunen werden dabei in die Lage versetzt, stabile Strukturen für freiwilliges Engagement zu schaffen. Es werden gerade nicht konkrete Projekte gefördert, sondern Netzwerke, die zu festen Kooperationsstrukturen ausgebaut werden.

Zum Weiterlesen:
www.engagiertestadt.de

Etablierung kommunaler, Landes- oder Bundesprogramme zur Unterstützung von Vernetzungsplattformen für gemeinwohlorientierte Initiativen

Durch die Unterstützung bereits bestehender Vernetzungsplattformen können gemeinwohlorientierte Initiativen aktiv gefördert werden. Diese Unterstützung kann finanziell erfolgen oder durch Sachleistungen, wie die Bereitstellung von Räumlichkeiten für Vernetzungstreffen oder die Bewerbung von Veranstaltungen. Dabei besteht die Frage, ob beratende Netzwerke ihre Funktion besser erfüllen können, wenn sie themenspezifisch oder wenn sie themenunspezifisch ausgerichtet sind. Netzwerke ohne spezifische Themenausrichtung haben den Vorteil, dass hiermit ein breiter Austausch unterschiedlichster Initiativen zu organisationalen und strukturellen Fragen ermöglicht wird.

Ein Beispiel für beratende Netzwerke sind die Leer-Gut-Agenten, die in Thüringen die gemeinwohlorientierte Entwicklung und Nutzung leerstehender Häuser unterstützen wollen. Dazu vermitteln sie Interessierten, die eine Immobilie entwickeln möchten, Kontakte zu lokal ansässigen Experten/-innen und Ansprechpartner/-innen, die zum Beispiel über Kontakte zu anderen Initiativen, Verwaltung und Fördermittelgebern verfügen und bei der Planung behilflich sind.

Weitere Beispiele für beratende Netzwerke sind das Netzwerk Immovielien, der Haus- und Wagenrat e.V. Leipzig und das Netzwerk Leipziger Freiheit. Diese Netzwerke ermöglichen den Austausch von Wissen, helfen Ziele zu formulieren und ihre Umsetzung zu planen.

Zum Weiterlesen:
www.leergut-agenten.de
www.hwr-leipzig.org
www.netzwerk-leipziger-freiheit.de
https://www.netzwerk-immovielien.de

Handlungsansatz 4: Fördermaßnahmen auf die verschiedenen Entwicklungsphasen gemeinwohlorientierter Initiativen ausrichten

Gemeinwohlorientierte Initiativen verfolgen soziale und ökologische Ziele. Deshalb ist es ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen, sie zu fördern und zu stabilisieren. Weiterhin ist es erstrebenswert, diejenigen Praktiken und Organisationsweisen in den Initiativen zu fördern, die mit sozialen und ökologischen Wirkungen verbunden sind. Deshalb sollten Förderprogramme darauf ausgerichtet sein, gemeinwohlorientierte Initiativen in ihrer Aufbauphase zu unterstützen, ihnen bei der Konsolidierung zu helfen und sie bei ihrer Stabilisierung zu begleiten. Die differenzierte Förderung nach Phasen der Entwicklung empfiehlt sich vor allem deshalb, weil hiermit jeweils typische Herausforderungen und Problemlagen für die Initiativen verbunden sind. Viele gemeinwohlorientierte Initiativen befinden sich noch in der Initiierungs- und Aufbauphase, dennoch verfolgen viele von ihnen das Ziel, sich langfristig zu stabilisieren. Die Fördermaßnahmen könnten den Fokus auf diese Phase setzen und damit gleichzeitig soziale und ökologische Ziele der gemeinwohlorientierten Initiativen stärken.

Fehlende Ressourcen in der Aufbauphase

In der Initiierungs- und Aufbauphase arbeiten gemeinwohlorientierte Initiativen vorrangig ehrenamtlich und sind oft informell organisiert. Sie haben zwar einen geringen, aber dennoch existenten Finanzbedarf. Ein weit verbreitetes und allgegenwärtiges Problem kleinerer Initiativen ist der Mangel an finanziellen und personellen Mitteln. Darüber hinaus fehlt es oft an Kompetenzen und Kenntnissen, zum Beispiel über Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten. In dieser Phase sind Flächen und Räumlichkeiten nicht nur eine wichtige materielle Ressource, sondern auch ein symbolischer Bezugspunkt für die Bindung von freiwilligem Engagement (▸ Handlungsansatz 2).

Konsolidierung: Welche Rechtsform passt zur gemeinschaftlichen Organisationsweise?

In der folgenden Phase der Konsolidierung treten zunehmend Probleme auf, die vor allem mit der Formalisierung und Professionalisierung der gemeinwohlorientierten Initiativen verbunden sind. Eine Herausforderung stellt zum Beispiel die Vereinsgründung dar oder die Einwerbung von Mitteln zur Finanzierung von Personal. Jedoch sind die Initiativen in der Phase der Konsolidierung nicht nur auf eine gesicherte Finanzierung angewiesen. Sie benötigen Unterstützung durch Wissen, Methoden und Personal. Ein häufiges Anliegen vieler gemeinwohlorientierter Initiativen in dieser Phase ist es, den gemeinschaftlichen Charakter mit einer flachen Organisationshierarchie beizubehalten. Prozesse der Formalisierung und Professionalisierung der Strukturen sind aus Sicht der gemeinwohlorientierten Initiativen mit diesen Anliegen meist schwer vereinbar. Dabei besteht zum Teil wenig Wissen über verschiedene Rechtsformen und ihre Eignung für die Vorhaben der Initiativen.

Zum Weiterlesen:

**Verbraucherzentrale NRW (2018): Vereinsrecht und Ehrenamt. Das Handbuch für alle Ehrenamtler.
1. Auflage 2018, 192 Seiten
www.rechtsformen-fuer-engagement.de**

Herausforderungen des Wachstums in der Stabilisierungsphase

Eine weitere Herausforderung, mit der gemeinwohlorientierte Initiativen vor allem in der Stabilisierungsphase konfrontiert sind, besteht darin, Engagement, Zeit und Arbeitskraft für das Gelingen der Initiative freiwillig einzubringen und bei den Beteiligten zu erhalten. Problematisch ist es auch, wenn stark engagierte Beteiligte die Initiative verlassen oder ein Generationswechsel zu bewältigen ist, da mit den Personen immer auch Wissen die Initiative verlässt. Zudem kann auch personelles und finanzielles Wachstum Probleme und Konflikte mit sich bringen, da die Initiativen hierfür neue Strukturen ausbilden müssen. Vor allem in der Stabilisierungsphase sind viele gemeinwohlorientierte Initiativen darauf angewiesen, Projektfördermittel einzuwerben. Dabei tritt oft die inhaltliche, fachliche Arbeit hinter den Auf-

gaben der Fördermittelbeantragung und der Finanzverwaltung zurück.

Gehemmte Experimentierfreude oder „Projektitis“?

Ein anderes Problem besteht darin, dass die innovativen Ideen gemeinwohlorientierter Initiativen aus Sicht der Fördermittelgeber größtenteils noch nicht ausgereift für eine Förderung sind. In Förderanträgen muss meist für längere Zeiträume genau beschrieben werden, wie das Projekt durchgeführt wird und was die erwarteten Ergebnisse sind. Diese Erfordernisse schränken aus Sicht der Initiativen ihre Prozessoffenheit sowie Experimentierfreude ein. Damit ist die grundsätzliche Frage verbunden, inwiefern Förderung stärker als bisher auf Experimentieransätze fokussiert werden kann. Zudem ist aus Sicht der Initiativen eine begrenzte Laufzeit von Projekten ein Problem, da oft neue Projektideen gefordert sind, jedoch die Förderung bewährter Konzepte nicht auf Dauer gestellt werden kann. Dieses Problem ist in der Diskussion um die Finanzierung der Zivilgesellschaft durch staatliche Förderung als „Projektitis“ bekannt und verweist auf die Herausforderung, geschaffene Strukturen auch nach dem Auslaufen von Projekten aufrechtzuerhalten.

Maßnahmen

Vereinfachung der Fördermittelvergabe und -abrechnung

Die Hürden der Fördermittelvergabe könnten reduziert werden, indem die Formalitäten für eine Antragstellung und auch die Finanzabrechnung sowie Berichtslegung an den zu erbringenden Leistungsumfang der Antragsteller/-innen angepasst werden. Ein geringerer Leistungsumfang und geringere Fördermittel würden dann auch eine weniger umfangreiche Berichtspflicht erfordern. Ein niedrigschwelliges, unbürokratisches Antragsverfahren ist dabei grundlegend. Darüber hinaus könnte die Projektplanung vor der Antragstellung, die häufig mit vielen meist ehrenamtlichen Vorleistungen verbunden ist, gefördert werden. Auch die Berichtspflichten könnten vereinfacht werden, zum Beispiel indem nicht einzelne Belege abgerechnet werden, sondern durch einen Nachweis, dass das Projekt erfolgreich durchgeführt wurde.

Ein Beispiel für niedrigschwellige Förderungen ist die „Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern“. Die Stiftung fördert Vereine und Einzelinitiativen (über einen Trägerverein) mit im Durchschnitt 1.000 Euro für gemeinwohlbezogene Vorhaben. Die Antragstellung ist bewusst einfach gehalten. Es gibt keine Antragsfristen, die Bewerbung erfolgt über ein zweiseitiges Formular mit einer Kurzbeschreibung des Vorhabens und einem Finanzierungsplan. Eine Beratung und Hilfe bei der Antragstellung werden angeboten.

Zum Weiterlesen:
www.ehrenamtsstiftung-mv.de

Förderung gemeinwohlorientierter Initiativen durch Mikroförderprogramme

Innovative Ideen können durch finanzielle Kleinstbeträge sinnvoll gefördert werden: Sie sind projektbasiert, nicht rückzahlbar und werden pauschal vergeben. So können noch nicht vollständig ausgereifte Ideen in der Praxis und vielfach unabhängig von etablierten Organisationsstrukturen getestet werden, insbesondere dann, wenn bei der Ideenausarbeitung und Antragstellung von Finanzmitteln eine Beratung angeboten wird. Ebenso wie bei der vereinfachten Förderung sollten Antragsverfahren und Berichtspflichten bei der Vergabe stark reduziert werden. Oft stehen gemeinwohlorientierte Initiativen dabei vor der Herausforderung, ihre Rechtsfähigkeit als Fördermittelempfänger/-in herzustellen. Bei nichtrechtsfähigen Personen, wie Minderjährigen, kann ein Vormund bestellt werden, der die Fördersumme in Empfang nimmt und mögliche Rückforderungen absichert. Informelle Gruppen können als Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) aufgefasst werden und privat haften. Im besten Fall kann auch ein Verein als Träger der Initiative fungieren. Eine wichtige Frage hierbei ist, welche Probleme damit verbunden sind, wenn Mikroförderprojekte zum Repertoire professioneller Arbeit werden, Projekte doppelt finanziert oder bestehende Organisationen und Stellen co-finanziert werden.

Die Stiftung Drosos arbeitet gemeinsam mit potenziellen Fördermittelempfänger/-innen im Vorfeld der Antragstellung zusammen, um das Potenzial auszuloten, die Wirkungen zu sichern und die Mittelverwendung abzustimmen. Eine adäquate Beratung könnten auch Institutionen und überregionale Netzwerke leisten mit der nötigen sozial-ökologischen und thematischen Expertise und in räumlicher Nähe. Ein Vorschussvertrauen im Gegensatz zur Angst vor Missbrauch ist dabei hilfreich.

Ein Beispiel für Programme, die sich explizit den sozial-ökologischen Herausforderungen stellen, ist das Programm „Kurze Wege für den Klimaschutz“, das im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative durchgeführt wird. Hier werden auf die Nachbarschaft bezogene Aktivitäten gefördert, die es den Bürger/-innen in einer Nachbarschaft ermöglichen, ihren Alltag klimafreundlicher zu gestalten. Auch Aktivitäten zur Bildung und Schaffung von Begegnungsräumen werden gefördert. Die Förderung erfolgt über nichtrückzahlbare Zuschüsse im Rahmen von Existenzgründer-Beihilfen (De-minimis-Beihilfe). Ein hoher Eigenanteil erhöht die Wahrscheinlichkeit der Gewährung der Finanzmittel und stellt gleichzeitig ein hohes Eigeninteresse und eine wirtschaftliche Unabhängigkeit der geförderten Initiative sicher.

Zum Weiterlesen:
www.drosos.org
www.klimaschutz.de/nachbarschaften

Schaffung eines Grundeinkommens

Aus Sicht einiger Initiativen könnte ein Grundeinkommen das Engagement des Einzelnen und damit einen Beitrag zum Gemeinwohl ermöglichen sowie gemeinwohlorientierte Initiativen stärken. Insbesondere für sozial Benachteiligte könnte ein Grundeinkommen Möglichkeiten für ein Engagement schaffen. Das Grundeinkommen würde von der Erwerbszentriertheit in der Gesellschaft wegführen und stattdessen eine stärkere Selbstbestimmung betonen. Eine oft vorgebrachte Kritik an der Idee eines Grundeinkommens besteht darin, dass es nach dem Gießkannenprinzip verteilt wird. Denn jede/r Bürger/-in erhielte demnach – unabhängig von seiner/ihrer wirtschaftlichen Lage – eine gesetzlich festgelegte und für jeden gleiche vom Staat ausgezahlte finanzielle Zuwendung, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen.

Handlungsansatz 5: Mit einer geeigneten digitalen Governance die Potenziale von gemeinwohlorientierten Initiativen aktivieren

Die Digitalisierung bietet Potenziale für gemeinwohlorientierte Initiativen, die ihnen helfen können, sich zu organisieren und zu entwickeln. Eine digitale Governance, die von unterschiedlichen Akteuren initiiert, gefördert und getragen wird, kann den Zugang zu diesen Potenzialen für gemeinwohlorientierte Initiativen erleichtern und unabhängig von Großkonzernen gestalten.

Digitalisierung kann Entstehung, Entwicklung und Selbstorganisation gemeinwohlorientierter Initiativen erleichtern

Sowohl die Kommunikation innerhalb der gemeinwohlorientierten Initiativen wird durch digitale Informations- und Kommunikationsmedien, wie zum Beispiel E-Mail und Messenger-Dienste, als auch die Außenkommunikation, wie zum Beispiel Website und Social-Media-Angebote, erleichtert. Darüber hinaus unterstützen digitale Tools die Selbstorganisation und tragen zur effizienteren Arbeitsteilung bei. Digitale Tools ermöglichen die Zusammenarbeit von Personen sowie den Informations- und Wissensaustausch über lokale Grenzen hinweg. Durch Digitalisierung können neue digitale Gemeinschaften entstehen, die ihre Sichtbarkeit und Verbreitung wiederum durch die Nutzung digitaler Medien beschleunigen, weitere Unterstützer/-innen gewinnen und ihre Aktivitäten durch Schwarmfinanzierung ausbauen können.

Herausforderungen der Digitalisierung für gemeinwohlorientierte Initiativen

Den Chancen stehen Herausforderungen der Digitalisierung für gemeinwohlorientierte Initiativen gegenüber. Hierzu zählen vor allem der fehlende Zugang

> Schwarmfinanzierung oder Crowdfunding ist eine Form der Finanzierung (“funding”) durch eine Menge (“crowd”) von Internetnutzer/-innen. Zur Spende oder Beteiligung wird über persönliche Homepages, professionelle Websites und spezielle Plattformen aufgerufen.

zu Internet und Technik in ländlichen Gebieten, ein unzureichender Datenschutz oder die Veränderung sozialer Beziehungen und Verbindlichkeiten durch die Verlagerung ins Digitale, die sich auch hemmend auf die sozial-ökologische Transformation auswirken können. Zudem stellen Plattform-Logiken großer Konzerne, deren Geschäftsmodelle und die Datenhaltung eine Gefahr für eine resiliente Zivilgesellschaft dar.

Derzeit hindern verschiedene Rahmenbedingungen im Bereich der Digitalisierung gemeinwohlorientierte Initiativen mit digitalem Fokus daran, ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Eine digitale Governance ist daher notwendig, um gemeinwohlorientierte Initiativen in Zeiten des digitalen Wandels zu stärken und zu fördern. Eine gezielte Unterstützung durch die Politik, die einen Schutzraum für gemeinwohlorientierte Initiativen bietet und gleichzeitig digitale Innovationen stärkt, wird hierfür als zentral erachtet. Ein entsprechender Zugang zu Internet und anderer digitaler Technik, zum Beispiel High Speed Internet in ländlichen Gebieten, die Förderung eines konsequenten Datenschutzes und der Datensicherheit sowie die Bereitstellung einer öffentlichen Infrastruktur für Digitallösungen, zum Beispiel Sharing-Lösungen zum Teilen von Daten, sind hierbei essenziell. Im Zuge der Digitalisierung von Nachhaltigkeits-Aktivitäten sind Open Source, Kooperation und Partizipation unbedingt mitzudenken. Hierbei sollte auf dem Wissen bereits etablierter gemeinwohlorientierter Initiativen und Netzwerke aufgebaut werden. Zudem sollten sinnvolle Schnittstellen zwischen Anbieter/-innen entwickelt beziehungsweise weiter ausgebaut werden.

Maßnahmen

Etablierung von Open Data Angeboten und Förderung ihrer Nutzung

Die Bereitstellung von Open Data spielt im Rahmen der digitalen Daseinsvorsorge eine besondere Rolle für gemeinwohlorientierte Initiativen (▸ Handlungsansatz 2). Die Bedarfe hierzu sollten genauer ermittelt und durch die Gesetzgeber in die weiteren gesetzlichen Regelungen einbezogen werden. Ebenso gilt es zu erörtern, wie der Zugang zu und die Nutzung von Open Data für alle Akteure erleichtert werden kann. Es ist empfehlenswert, einen Überblick über bereits bestehende Open Data-Angebote durch das Bundesumweltministerium zu fördern. Bei der Datenhaltung sollte auf Dezentralisierung der Daten, das heißt, die Verteilung auf viele Plattformen, geachtet werden, damit Gefahren wie Daten-Hacking und Ausnutzung von Monopolstellungen minimiert werden. Die dezentrale Verteilung von Daten setzt voraus, dass entsprechende Schnittstellen zum Datenaustausch geschaffen werden. Zudem sollten Verknüpfungen von Akteuren lokal gedacht werden. Dabei sollte hinterfragt werden, welche Daten und Angebote digitalisiert werden müssen und welche analog wirkmächtiger sind. Für die Ausgestaltung nachhaltiger digitaler Lösungen ist es wichtig, mit offenen Schnittstellen Datensilos zu vermeiden und durch die Transparenz von Open Source Codes unnötige Neuentwicklungen zu verhindern. Informationen und Daten für gemeinwohlorientierte Initiativen sollten standardisiert beziehungsweise in Gruppen klassifiziert werden, um diese möglichst breit streuen zu können, eine Vernetzung zwischen verschiedenen Initiativen über einheitliche Begriffe zu ermöglichen und die Daten für „Künstliche Intelligenz“ nutzbar zu machen. Zur Rückkopplung und Erhöhung der Validität der Daten empfiehlt es sich, Open Science und Citizen-Science-Ansätze in offene Plattformen einzupflegen.

Digitale Daseinsvorsorge: In der aktuellen Diskussion der Digitalisierung aller Lebensbereiche wird auch die Frage diskutiert, ob eine „Digitale Daseinsvorsorge“ zu den Aufgaben des öffentlichen Sektors gehört. Hierzu zählen zum Beispiel die digitale Infrastruktur, wie ein Breitband-Internetzugang, WLAN-Hotspots oder EDV-Ausstattung.

Datensilos: In einem „Datensilo“ werden Daten gespeichert, die im täglichen Gebrauch kaum oder nie genutzt werden. Diese Daten können nicht mit anderen Daten interagieren und sind so von weiterführenden Prozessen ausgeschlossen.

Open Science: Offene Wissenschaft bündelt Strategien und Verfahren, die darauf abzielen, die Chancen der Digitalisierung konsequent zu nutzen, um alle Bestandteile des wissenschaftlichen Prozesses über das Internet offen zugänglich, nachvollziehbar und nachnutzbar zu machen.

Ein Beispiel für Open Data stellt das von Utopia Wuppertal mit dem Wuppertal Institut und der Universität Wuppertal geschaffene Geoportal „Des Guten Lebens“ dar, welches auf Open Street Maps, den Sustainable Development Goals und dem Better Life Index der OECD aufbaut und Schnittstellen zu Daten von Universitäten, Kommunen und anderen Geoportalen nutzt.

Zum Weiterlesen:
www.transformationsstadt.de/geoportal

Förderung der Vernetzung sozial-ökologischer und digitaler Initiativen

Die Förderung einer starken Vernetzung und eines intensiven Wissensaustauschs von sozial-ökologischen und digitalen Initiativen trägt dazu bei, die Wirkungen gemeinwohlorientierter Initiativen zu stärken und effektive Ideen und Projekte zu multiplizieren. Dafür sollten der Zugang von gemeinwohlorientierten Initiativen zu digitalen Innovationen gestärkt und geeignete Austauschformate gefördert werden.

Künstliche Intelligenz: Hierunter werden die Erforschung intelligenter Problemlösungsalgorithmen und die Erstellung von intelligenten Computersystemen verstanden. Generell wird mit Künstlicher Intelligenz versucht, dem Menschen ähnelnde Entscheidungsstrukturen in einem nicht klar definierten Umfeld nachzubilden. Künstliche Intelligenz sucht nach Methoden, die es einem Computer ermöglichen, Aufgaben zu lösen, sodass diese, wenn sie vom Menschen gelöst werden sollen, eine Intelligenz erfordern.

Citizen Science: Bürgerwissenschaft ist eine Form der Offenen Wissenschaft, bei der Projekte unter Mithilfe von oder komplett durch interessierte Laien durchgeführt werden. Sie melden Beobachtungen, führen Messungen durch oder werten Daten aus.

Mit Blick auf Vernetzung und Austausch existieren bereits gute Formate, unter anderem die Konferenz „Bits & Bäume“ und die „Wandel-IT-Konferenz“, welche weiter ausgebaut und verstetigt werden können.

Ebenso gibt es Beispiele der Vernetzung und des Austauschs in den Bereichen Co-Housing, Fablabs beziehungsweise MakerSpaces oder bei Gemeinschaftsgärten. Die Beispiele von www.repaircafe.org und www.reparatur-initiativen.de zeigen, wie solche Plattformen mithelfen können, gemeinwohlorientierte Initiativen weiter zu verbreiten.

Unterstützung einer stärkeren Transparenz von Initiativen mit Gemeinwohlorientierung

Um die Gemeinwohlorientierung von Initiativen sichtbarer zu machen, sollten Instrumente gefunden

werden, die ihr Engagement und ihre Beiträge für die sozial-ökologische Transformation transparent darstellen. Das sind wichtige Voraussetzungen, um den Beitrag gemeinwohlorientierter Initiativen für die sozial-ökologische Transformation zu verdeutlichen, diesen – auch digital – kommunizieren zu können und damit weitere Unterstützer/-innen von Gemeinwohlaktivitäten zu gewinnen. Darüber hinaus sollten auch kommerzielle Organisationen durch politische Regularien dazu angeregt werden, gemeinwohlorientiert zu wirtschaften und die sozial-ökologische Transformation durch innovative Produktideen zu befördern. Mit der Gemeinwohlbilanz und der Lebenszyklusanalyse existieren bereits Instrumente, um die Gemeinwohlorientierung von Organisationen transparenter herauszustellen und besser sichtbar zu machen. Diese Instrumente sollten stärker an die konkreten Bedarfe gemeinwohlorientierter Initiativen angepasst werden.

Gemeinwohlbilanz: Die Gemeinwohl-Bilanz ist ein Bewertungsverfahren für Privatpersonen, Gemeinden, Firmen und Institutionen, mit dem geprüft wird, inwieweit sie dem Gemeinwohl dienen. Bewertet werden ökologische, soziale und andere Aspekte. Das Verfahren ist Bestandteil der Gemeinwohl-Ökonomie und wurde von Christian Felber entwickelt (siehe hierzu https://christian-felber.at/buecher/die-gemeinwohl-oekonomie/).

Lebenszyklusanalyse: Eine Lebenszyklusanalyse, auch bekannt als Umwelt- oder Ökobilanz, ist eine systematische Analyse der Umweltwirkungen von Produkten während des gesamten Lebensweges.

Potenziale neuer, digital basierter Finanzierungsmodelle für gemeinwohlorientierte Initiativen weiter erschließen

Neben verfügbaren personellen und zeitlichen Ressourcen ist eine gesicherte Finanzierung für die Konsolidierung und Stabilisierung gemeinwohlorientierter Initiativen besonders relevant (▸ Handlungsansatz 4). Durch die Digitalisierung sind neue Finanzierungsinstrumente wie zum Beispiel das Crowdfunding (Schwarmfinanzierung) entstanden, welche die selbstorganisierte Unterstützung und Förderung von gemeinwohlorientierten Initiativen und die Kommunikation ihres Engagements ermöglichen. Crowdfunding bietet gemeinwohlorientierten Initiativen die Möglichkeit, mit den Unterstützer/-innen direkt in den Dialog zu treten, ihr Vorhaben zu erproben und gegebenenfalls fachliche Hilfestellung zu erhalten. Zugleich haben die Unterstützer/-innen die Möglichkeit, die gemeinwohlorientierte Initiative aktiv mitzugestalten und sich nicht nur finanziell, sondern auch konzeptionell einzubringen. Dieses Finanzierungsinstrument setzt gleichzeitig Kenntnisse über die Nutzung der Plattformen, eine effektive Kommunikation der Ziele und Finanzierungsoptionen gegenüber Financiers sowie administrativen Aufwand in der Betreuung voraus.

Gemeinwohlorientierte Initiativen, die im Bereich Finanzierung schon über langjährige Erfahrungen verfügen, sollten finanziell gestärkt werden, um ihr Wissen zur erfolgreichen Nutzung von digital basierten Finanzierungsmodellen mit anderen gemeinwohlorientierten Initiativen zu teilen (▸ Handlungsansatz 3). Um insbesondere nicht-digitalen, gemeinwohlorientierten Initiativen die praktischen Kenntnisse zur Nutzung von Crowdfunding zu vermitteln und den derzeit für sie noch recht hohen Aufwand bei der Nutzung zu reduzieren, könnte eine Orientierungshilfe zur Nutzung von Crowdfunding speziell für gemeinwohlorientierte Initiativen kombiniert mit kurzen Erklärvideos dienen.

Die Crowdfunding Plattform „Startnext“ hat ein Handbuch zum Thema Co-Finanzierung (Matchfunding) herausgegeben und bietet bereits verschiedene Kooperationsmodelle für Städte und Kommunen an. Die Städte Hamburg (mit der regionalen Plattform „Nordstarter“) und Dresden (mit der regionalen Plattform „Durchstarter“) gelten als Pioniere im Bereich Crowdfunding für Städte und Kommunen.

Zum Weiterlesen:

www.startnext.com

Handlungsansatz 6: Digitale Teilhabe und digitale Kompetenzen von gemeinwohlorientierten Initiativen stärken

Digitale Teilhabe setzt Kompetenzen voraus, über die nicht alle Menschen gleichermaßen verfügen. Der unterschiedliche Zugang zu und die Nutzung von digitalen Kommunikations- und Informationstechnologien wird als „digitale Spaltung“ der Gesellschaft diskutiert. Darüber hinaus fehlt es an Möglichkeiten, dass breitere Gesellschaftsschichten an der Gestaltung von Prozessen der Digitalisierung partizipieren können. Für gemeinwohlorientierte Initiativen kann das zur Folge haben, dass bestimmte Personengruppen, zum Beispiel ältere Menschen, von der Initiative ausgeschlossen werden, was dem Gemeinwohlgedanken widerspricht. Jedoch können ältere Menschen wertvolle Erfahrungen und Zeit beitragen. Daher spielt die Stärkung digitaler Kompetenzen (digital literacy) eine große Rolle.

Digitale Spaltung der Gesellschaft: Mit dem Begriff „digitale Spaltung“ wird die ungleiche Verteilung des Zugangs zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien in der Gesellschaft bezeichnet.

Digitale Kompetenzen: Digitale Kompetenz ist das Wissen über und die Anwendung von digitalen Werkzeugen, die in unterschiedlichen Berufsfeldern und im Alltag in Verbindung mit speziellem Fachwissen und persönlichen Fähigkeiten eingesetzt werden.

Fokus auf Quelloffenheit

Ein wichtiger Fokus gemeinwohlorientierter Initiativen sollte auf nachhaltigen IT-Werkzeugen liegen, die sich zum Beispiel durch Quelloffenheit auszeichnen. Hierunter wird Software verstanden, deren Quelltext öffentlich und von Dritten eingesehen, geändert und genutzt werden kann. Die gemeinwohlorientierten Initiativen verfügen hierbei zumeist über geringe digitale Kompetenzen, da der Markt von internationalen IT-Konzernen und ihren Tools beherrscht wird, die mit intensiver Werbung bekannt gemacht werden. Nachhaltige IT-Werkzeuge – auch Green IT genannt – sind den gemeinwohlorientierten Initiativen noch relativ unbekannt. Um dem sozial-ökologischen Wandel im IT-Bereich voran zu treiben, sollte sich die Kompetenzvermittlung daher vor allem auf nachhaltige IT-Werkzeuge konzentrieren.

Vernetzung gemeinwohlorientierter Initiativen auf digitaler und analoger Ebene

Um eine große Wirkung im Sinne des Gemeinwohls entfalten zu können, bedarf es einer steten Vernetzung der gemeinwohlorientierten Initiativen, sowohl auf digitaler als auch auf analoger Ebene (▸ Handlungsansatz 1). So sollten bestehende lokale und digitale Strukturen, wie Online-Plattformen oder analoge Vernetzungsveranstaltungen gestärkt werden, um von gemeinwohlorientierten Initiativen stärker wahrgenommen und zum Wissensaustausch genutzt zu werden. Durch niedrigschwellige Beteiligungsformate, die die Digitalisierung bietet, können zudem eher passive Mitglieder der Gesellschaft zur Partizipation bewegt werden. Neben der Vermittlung digitaler Kompetenzen an gemeinwohlorientierte Initiativen sollte im Gegenzug auch die digitale Szene

dazu angeregt werden, sich stärker mit Gemeinwohlthemen auseinanderzusetzen und aktiv Lösungsangebote zu entwickeln.

Maßnahmen

Förderung der Vernetzung von im Netz aktiven mit weniger digital agierenden gemeinwohlorientierten Initiativen

Digitalisierung wird nicht für alle gemeinwohlorientierten Initiativen als förderlich erachtet. So können einerseits die mit der Digitalisierung verbundenen Herausforderungen – zum Beispiel der Aufwand, auf Twitter präsent zu sein oder sich in ein professionelles Fundraising-Tool einzuarbeiten – sich auf die Entwicklung kleiner Initiativen erschwerend auswirken, das Engagement bremsen oder zu Überlastung führen. Andererseits können digitale Tools gemeinwohlorientierten Initiativen als Unterstützung bei Arbeitsprozessen dienen, die Wissensgenerierung unterstützen und zur Vernetzung zwischen digitalen mit weniger digital agierenden gemeinwohlorientierten Initiativen beitragen. Die Vernetzung dieser unterschiedlichen gemeinwohlorientierten Initiativen kann beidseitig bereichernd sein, Innovationen fördern und Synergien erzeugen. Deshalb ist es empfehlenswert, Räume zu schaffen, die die Vernetzung und das Lernen voneinander begünstigen (▸ Handlungsansatz 2). Hierfür sollten vorhandene digitale und analoge Netzwerke und Veranstaltungen identifiziert werden, die bereits von verschiedenartig agierenden Initiativen genutzt werden. Hier kann es hilfreich sein, bereits stark frequentierte Netzwerke gezielt zu fördern und sichtbarer zu machen. Neben der Vernetzung im digitalen Bereich bleiben Offline-Kontakte für gemeinwohlorientierte Initiativen sehr wichtig.

Die Konferenz „Bits & Bäume“ ist eigens als Austausch- und Wissensaustausch-Format entwickelt worden, um Digitalisierungs- und Nachhaltigkeits-Akteure zusammen zu bringen und gemeinsame Synergien zu befördern. Ausgehend von der Konferenz in 2018 hat sich die Bewegung für Digitalisierung und Nachhaltigkeit entwickelt.

Zum Weiterlesen:
www. bits-und-baeume.org

Stärkung digitaler Kompetenzen gemeinwohlorientierter Initiativen – online und offline

Um die Chancen der Digitalisierung für gemeinwohlorientierte Initiativen nutzbar zu machen und sie für Risiken zu sensibilisieren, ist die Stärkung digitaler Kompetenzen von besonderer Bedeutung. Vielen gemeinwohlorientierten Initiativen fehlt aufgrund des großen Angebots mitunter ein Überblick über bereits vorhandene, nützliche Tools, was ein großes Hindernis für deren Anwendung darstellt. Befragte Initiativen äußern häufig den Wunsch nach öffentlichen digitalen Tools. Es sollte daher ein Überblick über frei zugängliche digitale Tools zur Unterstützung der gemeinwohlorientierten Initiativen geschaffen werden. Ein solches Überblicksangebot, eingerichtet zum Beispiel durch das Deutsche Internet-Institut (Weizenbaum-Institut), könnte den Initiativen zusätzlich Informationen im Umgang mit digitalen Tools, Funktionsweisen von Algorithmen und Tool Kits zur Verfügung stellen. Die Vermittlung digitaler Kompetenzen sollte hingegen durch dezentrale Stellen erfolgen, die kompetente Ansprechpartner/-innen für lokale Initiativen bereitstellen und Vernetzung von Initiativen in Regionen oder Nachbarschaften vorantreiben (▸ Handlungsansatz 3). Hierfür sollten Begegnungsorte (▸ Handlungsansatz 1) eingerichtet werden, die an bestehende Strukturen anknüpfen und Organisationen für die Beratung von Initiativen hinzuziehen.

Beispiele zur Stärkung digitaler Kompetenzen sind das TechCollective mit dem Angebot von Kursen zur Selbstverteidigung im Datenschutz und die Maker Faire mit Open Source-Angeboten und Schulungen.

Zum Weiterlesen:
www.techcollective.com
www.maker-faire.de
www.weizenbaum-institut.de

Fördermittel für Online- und Offline-Schulungsangebote

Um die Kompetenzbildung im Bereich digitaler Instrumente zu fördern, sollten Fördermittel für online und offline-Schulungen, wie zum Beispiel Webinare und Workshops, zur Verfügung gestellt werden. Die Schulungen sollten von Coaches, beispielsweise von

Intermediären (▸ Handlungsansatz 1), angeboten werden. Hierbei ist eine enge Zusammenarbeit mit den Experten/-innen der Open Knowledge Foundation, des Chaos Computer Clubs, der Digitalen Gesellschaft oder CorrelAid empfehlenswert. Von den befragten Initiativen wurde angeregt, eine deutschlandweite Kampagne zur Bekanntmachung eines derartigen Förderprogramms und kleinere Kampagnen in mehreren Orten deutschlandweit durchzuführen, um möglichst viele Akteure zu erreichen.

Stärkung von digitaler gesellschaftlicher Teilhabe und Demokratie im Zuge der Digitalisierung

Durch die Förderung der Potenziale von gemeinwohlorientierten Initiativen lassen sich auch demokratische Prozesse und gesellschaftliche Teilhabe stärken.

Die Open Knowledge Foundation e. V. setzt sich mit mehreren Projekten in den Bereichen Informationsfreiheit, Offenes Regierungshandeln, Open Data, Civic and Public Interest –Tech sowie Bildung für die Verbreitung und Nutzung von „offenem Wissen“ ein. Weitere Ziele sind das Aufzeigen der demokratischen Potenziale und Fordern von ethischem Umgang mit Technologie, das Fördern digitaler Mündigkeit sowie Communitybuilding in der aktiven Zivilgesellschaft zur Stärkung des (digitalen) Ehrenamts. (www.okfn.de/profil/)

Der Chaos Computer Club e. V. ist die größte europäische Hackervereinigung und seit über dreißig Jahren Vermittler im Spannungsfeld technischer und sozialer Entwicklungen. Die Aktivitäten des Clubs reichen von technischer Forschung und Erkundung am Rande des Technologieuniversums über Kampagnen, Veranstaltungen, Politikberatung, Pressemitteilungen und Publikationen bis zum Betrieb von Anonymisierungsdiensten und Kommunikationsmitteln. Der Club besteht aus einer Reihe dezentraler lokaler Vereine und Gruppen. (www.ccc.de)

CorrelAid ist eine Weiterbildungs- und Vernetzungsplattform, die gesellschaftlich denkende Data Scientists mit sozialen Organisationen verknüpft und gemeinsame Projekte anstößt. Dadurch werden Organisationen befähigt, ihre Daten zu nutzen, um Prozesse effizienter zu gestalten, die Zielgruppe besser kennenzulernen oder Ressourcen besser zu verteilen. (www.correlaid.org/)

Digitalisierung erleichtert einerseits die politische Partizipation der Bürger/-innen, andererseits hat sich die Digitalisierung in den letzten Jahren zu einer schleichenden Bedrohung für demokratische Strukturen entwickelt. Die ungleiche Verfügbarkeit von Daten zwischen IT-Unternehmen und Privatpersonen, die allgegenwärtige Kontrolle sowie gezielte und weitreichende Verbreitung von Fehlinformationen („fake news“) sind neue Herausforderungen für die bestehenden demokratischen Strukturen. Mit einer Förderung von gemeinwohlorientierten Initiativen, die sich mit diesen Herausforderungen auseinandersetzen, würden gleichzeitig die demokratischen Grundwerte wie auch die künftigen Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe gestärkt werden. Es ist mithin im Interesse einer vorausschauenden Umweltpolitik, sich in die Diskussionen zu Strukturen und Prozessen der Digitalisierung einzubringen und gemeinwohlorientierten Initiativen in diesen Diskussionen eine Stimme zu verschaffen, beispielsweise durch die Einbindung gemeinwohlorientierter Initiativen in den Digital-Gipfel der Bundesregierung. Darüber hinaus ist hierfür eine systematische Berücksichtigung des Gemeinwohl- und des Nachhaltigkeitsgedankens in die Digitalisierungsprozesse aller politischer Ressorts von Bedeutung.

Der Digital-Gipfel ist ein vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie seit 2006 jährlich ausgerichteter Kongress, der zusammen mit seinem ständig laufenden Prozess als zentrale Plattform zur Gestaltung der Digitalisierung und der Digitalen Transformation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland dienen soll.

Handlungsansatz 7: Sozial-ökologische Aspekte gemeinwohlorientierter Initiativen durch Anerkennung und Wertschätzung stärken

Gemeinwohlorientierte Initiativen leisten durch ihre Aktivitäten einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl und zur sozial-ökologischen Transformation. Durch eine umfassende Würdigung ihres Beitrags können gemeinwohlorientierte Initiativen unterstützt und gefördert werden. Sie werden so zu einem festen Bestandteil der politischen Öffentlichkeit gemacht. In Hinblick auf einen gesellschaftlichen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit stellt sich die Frage, wie durch Anerkennungsprozesse die ökologischen Aspekte der gemeinwohlorientierten Initiativen gestärkt, bislang nicht engagierte Bevölkerungsgruppen stärker einbezogen und die Vielfalt unterschiedlicher Initiativ- und Beteiligungsformen gesteigert werden können.

Vielfalt an Themen und Beiträge für die sozial-ökologische Transformation

Gemeinwohlorientierte Initiativen bearbeiten ganz unterschiedliche Themen, so zum Beispiel Mobilität, Ernährung, Energie, Kultur, die Nach- und Umnutzung von Elektroschrott oder Altkleider in offenen Werkstätten. Dieses Engagement ist nicht selten mit Beiträgen für die sozial-ökologische Transformation verbunden, die häufig in der Veränderung von Alltagspraktiken, aber auch in konkreten Bildungsangeboten zur nachhaltigen Entwicklung bestehen.

Sensibilisierung für gesellschaftliche Problemlagen

Mit ihrem Engagement weisen gemeinwohlorientierte Initiativen auf soziale oder ökologische Problemlagen in der globalen Welt oder im lokalen Umfeld hin. Gerade diese Impulse für ein geschärftes Problembewusstsein werden aus Sicht der gemeinwohlorientierten Initiativen bislang durch politische Akteure zu wenig gefördert und unterstützt. Ebenso werden die von den Initiativen experimentell entwickelten Lösungsansätze selten gewürdigt und als Impulse für die Kommunalpolitik genutzt.

Räume des Empowerments und der Erfahrung von Selbstwirksamkeit

Gemeinwohlorientierte Initiativen schaffen Räume des Empowerments und der Erfahrung von Selbstwirksamkeit (▸ Handlungsansatz 2). Sie sind Lern-

und Erfahrungsräume, denn die Beteiligten werden durch ihre Tätigkeit für gesamtgesellschaftliche und sozial-ökologische Problemlagen sensibilisiert. Sie erfahren, wie alternative Lebensvorstellungen, Konsummuster und Wirtschaftsformen aussehen können oder wie die Stadt nachbarschaftlich gestaltet werden kann. Diese Experimente können auch auf soziale und ökologische Ziele und Werte ausgerichtet sein.

Maßnahmen

Anerkennung und Wertschätzung durch Beteiligungsverfahren und Formen der Mitbestimmung

Anerkennung und Wertschätzung der Beiträge gemeinwohlorientierter Initiativen können mittels Beteiligungsverfahren und Formen der Mitbestimmung erfolgen. Viele gemeinwohlorientierte Initiativen konzentrieren sich darauf, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Sie formulieren darüber hinaus politische Forderungen und zielen auf eine Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen. Ihre Beiträge zum Gemeinwohl zu würdigen und ihre politischen Forderungen ernst zu nehmen, ist die beste Form zu zeigen, dass das Engagement gemeinwohlorientierter Initiativen vor Ort wertvoll und notwendig ist. Aus Sicht der befragten Initiativen sollten Beteiligungsverfahren, um nicht Frustration zu erzeugen, transparent konzipiert werden und im Idealfall auf ein bestimmtes Problem bezogen sein.

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung entwickelt. Die Leitlinien wurden gemeinsam mit Bürger/-innen erarbeitet. Bürgerbeteiligungsverfahren des BMU binden Bürger/-innen beratend in Entscheidungsprozesse mit ein. Beispiele sind die Beteiligung am Klimaschutzplan und am Integrierten Umweltprogramm 2030.

Zum Weiterlesen: www.bmu.de/download/leitlinien-fuer-gute-buergerbeteiligung/

Preise und öffentliche Würdigungen als Anerkennungsformen gemeinwohlorientierter Initiativen

Eine öffentliche Wahrnehmung und Anerkennung der Beiträge der Initiativen zum Gemeinwohl unterstützen die Initiativen und motivieren sie, sich zu engagieren. Eine solche Anerkennung kann zum Beispiel über Preise, Ehrenamtskarten oder Bonusprogramme für Ehrenamtliche erfolgen. Eine entsprechende Berichterstattung in den regionalen Medien kann auch dazu führen, die Projektideen bekannt zu machen und neue Engagierte zu gewinnen. Darüber hinaus kann über Veranstaltungen und Wettbewerbe auf eine öffentliche Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements hingewirkt werden. Aktivitäten bürgerschaftlichen Engagements könnten steuerlich und bei der Sozial- und Rentenversicherung (zum Beispiel durch Rentenpunkte, Werbungskosten) anerkannt werden. Hierbei stellt sich die Frage, ob solche Instrumente einer Anerkennungskultur die Prinzipien von Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit des Engagements untergraben und sie damit der Kreativität und Eigenlogik der Zivilgesellschaft entgegenstehen.

Ein konkretes Beispiel auf lokaler Ebene ist die Anerkennungskultur für freiwilliges Engagement in Nürtingen. Die Stadt wird als ein Beispiel für kommunale Konzepte der Engagement-Förderung auf der Internetseite „Wegweiser Bürgergesellschaft“, die von der Stiftung „Mitarbeit“ betrieben wird, genannt. Die Stiftung verfolgt das Ziel, Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement und Selbsthilfeaktivitäten zu fördern. Hier werden engagierte Bürger/-innen dadurch honoriert, dass sie Gutscheine für Restaurantbesuche und Theaterabende oder Fortbildungen erhalten. Diese bereits vorhandenen Instrumente könnten zukünftig auch sozial-ökologische Kriterien aufnehmen.

Zum Weiterlesen:
www.buergergesellschaft.de
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktthema: Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement. Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. Berlin.

Handlungsansatz 8: Das Vereins- und Steuerrecht für gemeinwohlorientierte Initiativen vereinfachen und das Gemeinnützigkeitsrecht anpassen

Das Vereins- und Steuerecht sind zentrale Rahmenbedingungen für die Arbeit gemeinwohlorientierter Initiativen, die aus ihrer Sicht häufig nicht mit der gemeinschaftlichen Organisationsweise passfähig sind. Ebenso ist eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts aus Sicht vieler Initiativen erforderlich, um die neuen Themen gemeinwohlbezogener Initiativen aufzunehmen und es den Initiativen zu ermöglichen, gemeinnützige Organisationsformen – sei es als gemeinnütziger Verein oder gemeinnützige Genossenschaft – anzunehmen.

Gemeinwohlorientierung ohne anerkannte Gemeinnützigkeit

Nicht allen gemeinwohlorientierten Initiativen wird, wenn sie eine formale Organisationsweise annehmen, die Gemeinnützigkeit zuerkannt. Für einige Tätigkeiten gemeinwohlorientierter Initiativen kann derzeit keine Gemeinnützigkeit beantragt werden, da sie in der Liste der Abgabenordnung nicht benannt werden. Ein Beispiel hierfür ist der Bürgerbus.

Abgabenordnung: Die Abgabenordnung ist das elementare Gesetz des deutschen Steuerrechts. Da sich in ihr die grundlegenden und für alle Steuerarten geltenden Regelungen über das Besteuerungsverfahren finden, wird sie auch als Steuergrundgesetz bezeichnet. (www.gesetze-im-internet.de/ao_1977)

Hürden bei der Steuererklärung

Viele gemeinwohlorientierte Initiativen haben Probleme bei der Erstellung der Steuererklärung, insbesondere dann, wenn sie als gemeinnützige Vereine formal verfasst sind. Die Verwaltung, Buchhaltung und die Abrechnung sind sehr zeitaufwändig. Diese Aufgaben belasten die Arbeit der Initiativen, da die Finanzverwaltung – wie oft auch die Kerntätigkeit – ehrenamtlich erfolgt. Für einen Steuerberater oder eine Steuerberaterin stehen oftmals die erforderlichen Finanzmittel nicht zur Verfügung. Aus diesem Grund greifen einige Initiativen auf spezifische digitale Steuerprogramme zurück (▸ Handlungsansatz 6).

Geringe Bürgerorientierung in der Verwaltung

Aus Sicht der gemeinwohlorientierten Initiativen besteht bei den Behörden eine große Unsicherheit gegenüber den Initiativen, nicht nur bei der Besteuerung, sondern auch bei der Vergabe von Fördermitteln und bei den Möglichkeiten des Zuverdiensts beim Arbeitslosengeld (ALG II). Dieses Problem sei in der

Verwaltungskultur verankert, die nicht überall offen sei für die Aktivitäten gemeinwohlorientierter Initiativen. Das Leitbild des „new public management“, das von den Initiativen durchaus ambivalent eingeschätzt wird, beinhaltet auch Bürgerorientierung. Mit diesem Leitbild wird schon seit 30 Jahren versucht, eine Erneuerung der Verwaltungskultur zu erreichen (▸ Handlungsansatz 1).

Datenschutz und Haftung als Herausforderung gemeinwohlorientierter Initiativen

Weitere Herausforderungen bestehen für gemeinwohlorientierte Initiativen beim Abschluss von Versicherungen, der Haftung und dem Datenschutz. Auch hier besteht oft Unsicherheit und demnach Beratungsbedarf zum Beispiel hinsichtlich der neuen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), der Haftung des Vereinsvorstandes und der Möglichkeiten, sich zu versichern. Eine Möglichkeit für die Lösung des Problems der Versicherung ist das von der ‚anstiftung’ entwickelte Konstrukt einer Verbandshaftung, die alle Gruppen, Vereine, Plattformen im Falle eines Unfalls deckt.

Vereinswesen versus Gemeinschaftlichkeit

Weiterhin ist es für gemeinwohlorientierte Initiativen sehr schwierig, ohne Rechtsform Fördermittel einzuwerben. Die vorhandenen Rechtsformen werden auf der einen Seite als zu schwerfällig angesehen, um zum Beispiel die gemeinschaftliche Organisationsweise der Initiativen zu bewahren. In diesem Zusammenhang werden die formalen Erfordernisse eines Vereins, wie zum Beispiel die Mindestanzahl von Mitgliedern und die definierten Vorstandsposten, kritisiert. Auf der anderen Seite wird betont, dass gemeinwohlorientierte Initiativen, wenn sie sich um öffentliche Gelder bewerben, auch strukturell dazu in der Lage sein sollten, diese zu verwalten und die Projekte arbeitsteilig durchzuführen.

Maßnahmen

Das Gemeinnützigkeitsrecht stärker an die Bedarfe gemeinwohlorientierter Initiativen anpassen

Um die Finanzabrechnung im Rahmen der Gemeinnützigkeit zu erleichtern, könnten aus Sicht der Initiativen einfachere Regeln zur Beurteilung von Gemeinnützigkeit aufgestellt werden. Eine konkrete Maßnahme kann in einer Novellierung der Abgabenordnung Paragraph 52, Absatz 2 bestehen, in dem die Vergabe des Gemeinnützigkeitsstatus durch die Finanzämter geregelt ist. Zum einen sollte die Aufzählung der gemeinnützigen Zwecke in Satz 2 nicht als „abschließend“ betrachtet, sondern als „beispielhaft“ formuliert werden. Zudem sollten Satz 1 und Satz 2 getauscht werden. In Satz 1 sollte die beispielhafte Aufzählung stehen, in Satz 2, dass das zuständige Finanzamt über die Gemeinnützigkeit entscheidet. Alternativ könnte eine Direktive an die Finanzämter erfolgen, den Satz 2 stärker zu beachten.

Bessere Kommunikation zwischen gemeinwohlorientierten Initiativen und den Finanzämtern

Eine Alternative zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts wird in einer besseren Kommunikation zwischen gemeinwohlorientierten Initiativen und den Finanzämtern gesehen, da sie letztlich über die Gemeinnützigkeit entscheiden. Bei der Einschätzung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt könnte mitbedacht werden, dass die Gemeinnützigkeit nach derzeitigem Recht alle drei Jahre neu beantragt werden muss und so mögliche Neubewertungen vorgenommen werden könnten. Grundsätzlich kann auch diskutiert werden, ob die Finanzämter die richtige Instanz sind, die Gemeinnützigkeit von Organisationen zu beurteilen. Gemeinnützigkeit sollte stärker von lokalen Entscheidungsträgern beurteilt werden.

Vereinfachte Strukturen durch einen „Verein light“ schaffen

Eine Möglichkeit, den Bedarfen und Ansprüchen einer gemeinschaftlichen Organisationsweise der Initiativen entgegenzukommen, könnte in den vereinfachten Strukturen eines „Vereins light“ bestehen. Die Idee eines „Vereins light“ umfasst erstens weniger Mitglieder und einen schlankeren Vorstand, zweitens einen geringeren Finanzrahmen, drittens eine Haftungsbeschränkung sowie viertens eine leichtere Auflösung des Vereins.

Ausblick: Einladung zum Weiterdenken

Mit den Handlungsansätzen und Maßnahmen liegen nun Vorschläge für eine Förderung und Unterstützung von gemeinwohlorientierten Initiativen vor, die weiter konkretisiert und für die jeweiligen Handlungsbereiche übersetzt werden müssen. Sie basieren auf vielfältigen Erfahrungen des Experimentierens und auf langjährigen Lernprozessen der beteiligten Initiativen und Intermediären, Politiker/-innen aus verschiedenen Ressortbereichen und Mitarbeiter/-innen in der Verwaltung. Wir danken allen am Forschungsprojekt beteiligten Akteuren, vor allem den gemeinwohlorientierten Initiativen, die sich mit wertvollen Ideen und Beiträgen eingebracht haben.

Die Handlungsansätze und vorgeschlagenen Maßnahmen sollen als Einladung begriffen werden, sie in unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche zu tragen, zu diskutieren und weiterzuentwickeln, um innovative gemeinwohlorientierte Initiativen bei der Gestaltung eines sozial-ökologischen Wandels zu stärken und zu unterstützen. Die in der Broschüre an vielen Stellen aufgezeigten konkreten Beispiele gemeinwohlorientierter Initiativen und bestehender Förderansätze sollen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die Vielfalt des bereits bestehenden Engagements in der Gesellschaft aufzeigen und Neugier und Motivation für weitere Aktivitäten in diese Richtung wecken.

Literaturempfehlungen

Aderhold, J., Mann, C., Rückert-John, J., Schäfer, M. (2015): Experimentierraum Stadt: Good Governance für soziale Innovationen auf dem Weg zur Nachhaltigkeitstransformation. Forschungskennzahl 3712 17 100 (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (UBA). Zugriff am 22.06.2020. Verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_04_2015_experimentierraum_stadt_good_governance.pdf

Eichhorn, D., Lindenthal, A., Hanke, G., Kristof, K. (2019): Wandelprozesse verstehen und erfolgreicher gestalten. Hintergrundpapier. (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (UBA). Zugriff am 22.06.2020. Verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/190620_uba_hg_wandelprozesse_erfolgreich_gestalten_bf.pdf

Jaeger-Erben, M.; Rückert-John, J.; Schäfer, M. (Hrsg.) (2017): Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Wissenschaftliche Perspektiven, Strategien der Förderung und gelebte Praxis. Wiesbaden: Springer VS.

Kristof, K. (2017): Change Agents in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. In: Reinermann, JL; Behr, F (Hrsg.) Die Experimentalstadt. Kreative und die kulturelle Dimension der Nachhaltigen Entwicklung. Springer VS, Wiesbaden. S. 165–179.

Kristof, K. (2010a): Models of Change: Einführung und Verbreitung sozialer Innovationen und gesellschaftlicher Veränderungen in transdisziplinärer Perspektive. Zürich: vdf Verlag.

Kristof, K. (2010b): Wege zum Wandel: Wie wir gesellschaftliche Veränderungen erfolgreicher gestalten können. München: oekom verlag.

Peuker, B.; Rückert-John, J.; Egermann, M.; Betsch, A. (2020): Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und ihr Beitrag zur sozialökologischen Transformation. Teilbericht. (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (UBA). Zugriff am 23.06.2020. Verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_104-2020_innovative_gemeinwohlorientierte_initiativen_und_ihr_beitrag_zur_sozial-oekologischen_transformation_0.pdf

Peuker, B.; Rückert-John, J.; Yang, M.; Baringhorst, S.; Schipperges, M. (2020): Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements für ökologische Gerechtigkeit und sozial-ökologische Erneuerung der Gesellschaft. Abschlussbericht. (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (UBA). Zugriff am 24.06.2020. Verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-06-24_texte_108-2020_buergerschaftl_engagement_bf.pdf

Peuker, B.; Rückert-John, J. (2017): Potenziale und Herausforderungen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohl für den sozial-ökologischen Wandel Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: Beiträge zur Sozialinnovation 19.

Schipperges, M; Holzhauer, B; Scholl, G (2018): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Deutschland 2016. Vertiefungsstudie: Sozial-ökologischer Wandel. Anschlussfähigkeit und Engagement-Potenziale. (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (UBA). Verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/2018-10-08_texte_73-2018_umweltbewusstsein_2016_vertiefungsstudie.pdf

Wittmayer, J., Hölscher, K. (2017): Transformationsforschung. Definitionen, Ansätze, Methoden. (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (UBA). Verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-11-08_texte_103-2017_transformationsforschung.pdf

Wolff, F., Heyen, D. A., Brohmann, B., Grießhammer, R., Jacob, K. & Graaf, L. (2018): Transformative Umweltpolitik: Nachhaltige Entwicklung konsequent fördern und gestalten. Ein Wegweiser für den Geschäftsbereich des BMU (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Dessau-Roßlau. Zugriff am 26.11.2019. Verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/transformative-umweltpolitik-nachhaltige

Wunder, S., Albrecht, S., Porsch, L., Öhler, L. (2019): Kriterien zur Bewertung des Transformationspotentials von Nachhaltigkeitsinitiativen. Abschlussbericht. Forschungskennzahl 3714 17 100 0 (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (UBA). Zugriff am 22.06.2020. Verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-03-26_texte_33-2019_transformationspotenzial.pdf

Rückert-John, J.; Schäfer, M. (Hrsg.) (2017): Governance für eine Gesellschaftstransformation. Herausforderungen des Wandels in Richtung nachhaltige Entwicklung. Wiesbaden: Springer VS.

Rückert-John, J.; Jaeger-Erben, M.; Schäfer, M.; Scholl, G.; Gossen, M. (2015): Nachhaltiger Konsum durch soziale Innovationen –Konzepte und Praxis. Abschlussbericht. Forschungskennzahl 3711 93 333 (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (UBA). Zugriff am 22.06.2020. Verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_40_2016_nachhaltiger_konsum_durch_soziale_innovation.pdf

Rückert-John, J., Jäger-Erben, M., Schäfer, M. (2014): Soziale Innovationen im Aufwind – Ein Leitfaden zur Förderung sozialer Innovationen für nachhaltigen Konsum. (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Berlin: Umweltbundesamt (UBA). Zugriff am 22.06.2020. Verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/soziale_innovationen_im_aufwind_bf_1.pdf

Rückert-John, J. (Hrsg.) (2013): Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Perspektiven sozialen Wandels. Wiesbaden: Springer VS.

▸ **Unsere Broschüren als Download**
Kurzlink: bit.ly/2dowYYI

www.facebook.com/umweltbundesamt.de
www.twitter.com/umweltbundesamt
www.youtube.com/user/umweltbundesamt
www.instagram.com/umweltbundesamt/